DUHwelt magazin

Deutsche Umwelthilfe e.V. und Global Nature Fund www.duh.de, www.globalnature.org 1|2019

Mobilität: In Zukunft anders

Weniger Agrarchemie für mehr Natur

Das Venedig Afrikas versinkt im Müll

Europa will klimaneutral werden

RAPUNZEL

Bio-Pionier seit 1974

Harte Schale, fairer Kern

Echt gutes Kokosöl ist …

nativ:
kalt gepresst & naturbelassen

fair gehandelt:
gerechte Preise für die Bauern in Sri Lanka

HAND IN HAND
Bio. Fair. Rapunzel.

natürliche Körperpflege:
für Haut & Haar

exotisch:
intensiv & duftend im Aroma

im eigenen Haus abgefüllt:
für höchste Sicherheit

hitzebeständig:
zum Braten & Frittieren

Wir machen Bio aus Liebe.

Prof. Dr. Harald Kächele,
Bundesvorsitzender Deutsche Umwelthilfe e.V.

Liebe Leserin, lieber Leser,

Schülerinnen und Schüler haben mit den „Fridays for Future"-Demonstrationen eine weltweite Klimabewegung initiiert. Sie sind enttäuscht von den Regierungen, die die Zukunft kurzfristigen Interessen opfern, und fordern, die Klimakrise abzuwenden. Eine Generation, der man bisher nachsagte, unpolitisch zu sein, beweist mehr Weitblick als große Teile der Politik. Mitte März riefen die Schüler zum globalen Klimastreik auf. Von der Bundesregierung verlangen sie unter anderem, unverzüglich die Verkehrswende einzuleiten.

Die DUH löste zum Jahreswechsel eine große gesellschaftliche Debatte aus mit der Forderung, das Tempo auf deutschen Autobahnen auf 120 km/h zu beschränken. Diese Maßnahme ist einfach umzusetzen, billig und effektiv, um schnell den Ausstoß von CO_2 zu senken. Und verhindert viele Verkehrstote. Für Bundesverkehrsminister Scheuer trotzdem schlicht eine Maßnahme „gegen jeden Menschenverstand". Innovative Ansätze, wie sie die DUH zum Beispiel mit der Einführung eines deutschlandweiten 365-Euro-Tickets vorschlägt, führen zum Umsteigen und Umdenken.

Der Schutz von Umwelt, Natur und Klima braucht in der Demokratie Akzeptanz, Begeisterung und die Bereitschaft vieler Menschen, mitzumachen. Und die Aussicht auf Erfolg. Gelungen ist das zum Beispiel mit der europaweiten Kampagne gegen Palmöl im Tank.

Die EU ist für den Schutz von Umwelt und Klima oft ein wichtiger Verbündeter: Sie verpflichtet die Mitgliedstaaten auf Einhaltung von Grenzwerten für saubere Luft oder sauberes Wasser und will den Zugang zu sauberer und bezahlbarer Energie sicherstellen.

Deshalb ist die EU-Wahl im Mai wichtig. Weil wir europäische Lösungen für den Umwelt-, Natur- und Klimaschutz brauchen. Und weil wir eine Pflicht auch gegenüber der kommenden Generation haben, rechtspopulistischen Leugnern des Klimawandels nicht die künftige politische Weichenstellung im EU-Parlament zu überlassen. Für unser aller Zukunft.

Ihr

Harald Kächele

Initiative Transparente Zivilgesellschaft

DZI Spenden-Siegel

Aktuell

6 **Wiesbaden strebt Verkehrswende ganzheitlich an**

6 **Impressum**

7 **DUH und Grüne Liga wollen Tagebau Jänschwalde stoppen**

7 **Plastikgipfel ohne Mut und Vision**

7 **DUHmarkt**

8 **DUH zeigt Bildreihe „urbane wildnis“**

8 **Handys für die Umwelt**

9 **Umwelt, Europa und Demokratie wählen**

Titel

10 **In Zukunft anders**

Unsere Mobilität muss sich wandeln. Besserer Schutz vor Lärm, mehr Klimaschutz und Luftreinhaltung würden mit einem Mehr an Lebensqualität einhergehen. Wo auf Autobahnen kein Tempolimit gilt, kommt noch die Frage nach mehr Sicherheit hinzu.

In Zahlen

18 **Keine Lebensmittel für die Tonne!**

Themen

20 **Kegelrobben-Baby gesichtet!**

Die Bestände an der deutschen Ostseeküste erholen sich langsam.

21 **Umwelt und Geflüchtete: neue Broschüre**

22 **Chemie auf dem Acker**

Eckpunkte für ein Pestizidreduktionsprogramm.

22 **Regenwald raus aus dem Tank!**

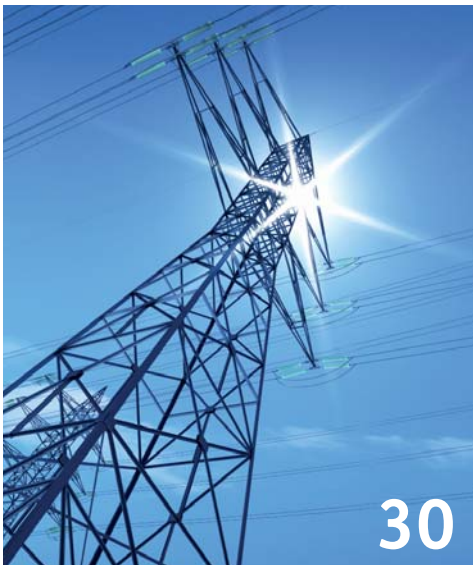
Ein Schritt auf dem Weg zu mehr Biodiversitätsschutz in Südostasien.

24 **Das „Venedig Afrikas“ versinkt im Müll**

Der GNF hat den Nokoué-See zum Bedrohten See des Jahres ernannt.

26 **Wandel in der Baviaanskloof**

Farmer in der Ostkap-Provinz Südafrikas streben nachhaltige Landnutzung an.



27 **Ein Bauernhof für Jung und Alt**
Im Himalaya unterstützt der Hand in Hand-Fonds ein Mehrgenerationen-Projekt.

28 Die EU stärkt Verbraucher beim Klimaschutz
Europa hat sich das Ziel gesetzt, bis 2050 weitgehend klimaneutral zu werden.

30 **Der „NEP Strom 2030" ist da**
Der Netzentwicklungsplan ist ein Baustein für die Energiewende.

30 **Kein Essen in den Müll!**
Viele Lebensmittel, die in Deutschland weggeworfen werden, könnte man retten. Landwirtschaftliche Erzeugnisse brauchen mehr Wertschätzung.

31 **Papiertüte? Nein, danke.**
Wie verpackt man Obst, Gemüse und andere Einkäufe umweltschonend?

DUH Intern

32 **Aufruf statt Nachruf**
Der Naturschutzpionier und Journalist Horst Stern ist gestorben.

33 **Zwei neue Z im Team der DUH**
Wir heißen zwei neue Kollegen im Führungsteam willkommen.

Unbekannte Tierart

34 **Wenn alles schläft**
Nachts huscht der Gartenschläfer durch Gärten und Wälder.

Titelbild:
Deutschland braucht dringend eine Verkehrswende. Während wir uns noch schwer tun, machen uns Nachbarländer vor, wie es gehen kann.

VORBILDLICH

Wiesbaden strebt Verkehrswende ganzheitlich an

Einen Erfolg für Saubere Luft haben die Deutsche Umwelthilfe und der ökologische Verkehrsclub VCD als Kläger gegen das Land Hessen in Wiesbaden errungen. Den vom Verwaltungsgericht Wiesbaden und den beiden Verbänden zuvor als ungenügend bezeichneten Luftreinhalteplan besserte das Land Hessen umfangreich nach. Der Plan konnte in einer Gerichtsverhandlung am 13. Februar 2019 rechtskräftig verabschiedet werden. Damit ist der seit 2015 währende Rechtsstreit beigelegt.

Das Maßnahmenpaket ermöglicht, dass ab 2020 – nach allen vorhandenen Prognosen – der Stickstoffdioxid-Grenzwert von 40 µg pro Kubikmeter Luft in der gesamten Stadt auch ohne Verkehrsbeschränkungen für Dieselfahrzeuge eingehalten wird. Für das Jahr 2019 werden nur noch geringe Grenzwertüberschreitungen auf wenigen Straßenmetern erwartet.

Die hessische Landeshauptstadt stärkt umweltschonende Mobilität.

Zu den geplanten Maßnahmen zählen die Hardware-Nachrüstung bzw. die Elektrifizierung der Busflotte in 2019, Hardware-Nachrüstungen in der kommunalen Fahrzeugflotte, die Einführung der Parkraumbewirtschaftung in der Innenstadt sowie die Ausweitung der Park&Ride-Flächen am Stadtrand.

Der öffentliche Nahverkehr wird durch neue Busspuren sowie Ausweitungen von Buslinien und Busneuanschaffungen massiv gestärkt. Hinzu kommen ein ausgedehntes Radwegenetz sowie ein 365-Euro-Nahverkehrsticket für Wiesbaden. DUH und VCD werden die Wirksamkeit der Maßnahmen kontrollieren. Zur Einhaltung des Stickstoffdioxid-Grenzwerts bleiben Zufahrtbeschränkungen für Diesel-Pkw die letzte Maßnahme.

Jürgen Resch, Bundesgeschäftsführer der DUH, ist mit dem Ergebnis mehr als zufrieden: „Der hier vorgelegte Luftreinhalteplan ist der beste, den wir bisher gesehen haben. Er kann ein Vorbild für andere Städte in Deutschland sein, die wie die hessische Landeshauptstadt nur eine geringe Überschreitung der NO_2-Grenzwerte zeigen. Wiesbaden macht deutlich, dass es den Gesundheitsschutz für seine Bürgerinnen und Bürger ernst nimmt und eine Verkehrswende wirklich will."

Ugo Taddei von der internationalen Umweltrechtsorganisation ClientEarth, die die DUH unterstützt, betonte: „Behörden müssen Hardware-Nachrüstungen für Diesel-Pkw auf Kosten der Hersteller durchsetzen. Die Menschen haben sich ihre Autos in gutem Glauben gekauft, ohne von dem drohenden Gesundheitsrisiko zu wissen. Sie dürfen jetzt unter keinen Umständen ein zweites Mal für die Fehler der Automobilindustrie zahlen müssen." *(mab, jk)*

IMPRESSUM

Zeitschrift für Mitglieder und Förderer der Deutschen Umwelthilfe e.V. und des Global Nature Fund

■ **Herausgeber: Deutsche Umwelthilfe e.V., Fritz-Reichle-Ring 4, 78315 Radolfzell, Tel.: 07732 9995-0, Fax: -77, info@duh.de, www.duh.de** ■ **V.i.S.d.P.: Jürgen Resch**
■ **Redaktion:** Laura Brönstrup (lbr), Charlotte Finke (cf), Janine Klein (jkl), Jutta Kochendörfer (jk), Andrea Kuper (ak) ■ **Autor*innen:** Marlen Bachmann (mab), Nadine Bethge (nb), Merijn Bos, Peer Cyriacks, Daria Junggeburth (dj), Remo Klinger, Claus-Peter Lieckfeld, Sascha Müller-Kraenner (smk), Andrea Peiffer (ap), Dorothee Saar, Senta Schmatzberger (ses), Bettina Schmidt (bs), Henriette Schneider (hsch), Rudolf L. Schreiber, Claudia Tauer (ct) ■ **Gestaltung: Claudia Kunitzsch**

In DUHwelt-Artikeln verwenden wir in Bezug auf Personen oder ihre Funktionen selten das grammatische Femininum und Maskulinum (z.B. Naturschützerinnen und Naturschützer) nebeneinander. Gemeint sind aber immer alle Menschen unabhängig von ihrem Geschlecht.

■ **Druck: ProWachter GmbH, Bietigheim** ■ **Anzeigen: Jutta Kochendörfer; es gilt die Anzeigenpreisliste 2019**
■ **Verlag und Vetrieb:** DUH Umweltschutz-Service GmbH, Fritz-Reichle-Ring 4, 78315 Radolfzell ■ **Gedruckt auf 100 % Recycling-Papier** ■ **Heftpreis: 1,50 Euro**
■ **Spendenkonto:** Bank für Sozialwirtschaft Köln | **IBAN: DE45370205000008190002** | SWIFT/BIC: BFSWDE33XXX

Deutsche Umwelthilfe und Global Nature Fund werden von zahlreichen Förderem finanziell unterstützt. Die Artikel der DUHwelt geben nicht in jedem Fall die Meinung der Förderer wieder.

■ **Bildnachweis:** Titel: belamy/Fotolia; S. 3: DUH/Heidi Scherm; S. 4: LianeM/Fotolia (l.o.), pixabay (l.u.), Gudellaphoto/Fotolia (S. 4/5); S. 5: peterschreiber.media/Fotolia (r.o.), Martin/Fotolia (r.u.); S. 6: travelview/Fotolia; S. 7: H&C/Fotolia; S. 8: Willem Julius Müller; S. 9: DUH/Heidi Scherm; S. 10/11: pure-life-pctures; S. 12/13: saiko3p/Fotolia; S. 13: aapsky/Fotolia; S. 14: Robert Lehmann/DUH; S. 15: Arthur Kattowitz (l.u.), pixabay (r); S. 16: william87 (groß), ArTo (klein)/beide Fotolia; S. 17: pure-life-pctures (o), Waler (Schild), Vincent (u)/alle Fotolia; S. 18/19: icons: spiral media (Landwirtschaft), Roman Dekan (Haus), reel (Sterne EU), Skellen (Lebensmittel), tettygreen(Gastronomie)/alle Fotolia, DUH;S. 20: Christoph Hauschild; S. 21: Christoph Hauschild (l), Astrid Hölzer/DUH, Holz: Floydine, Schild: sunnychicka/beide Fotolia (r); S. 22: Perytskyy/Fotolia (l); S. 22/23: DUH; S. 24/25: AMAF-BENIN, Pixabay; S. 26/27: GNF-Archiv, S. 27: Nomadenhilfe e.V. (r); S. 28: Brönstrup/DUH; S. 30/31: elxeneize (o), Countrypixel (u)/beide Fotolia, S. 31: DUH-Archiv (r); S. 32: Isolde Ohlbaum (o), Pro Natura GmbH Frankfurt (Mitte), DUH-Archiv (u); S. 33: Charlotte Finke/DUH (r.o.), Steffen Holzmann/DUH (l.u.); S. 34: JAH (o), Eric Isselée (u)/beide Fotolia; S. 35: Eric Isselée (o), Pixaterra (u)/beide Fotolia; S. 36: Wayne/Fotolia

AUF DEM TROCKENEN

DUH und Grüne Liga wollen Tagebau Jänschwalde stoppen

Die für 2019 erteilte Genehmigung zur Weiterführung des Braunkohletagebaues Jänschwalde sei rechtswidrig, kritisieren die DUH und die Grüne Liga.

Am 1. Februar 2019 hat die DUH beim Verwaltungsgericht Cottbus Klage gegen die Genehmigung eingereicht, da keine behördliche Verträglichkeitsprüfung durchgeführt worden ist, die aber bei Beeinträchtigung europäischer Schutzgebiete zwingend erforderlich sei.

Jänschwalde in der Niederlausitz, Brandenburg.

Der Tagebau in Jänschwalde liegt inmitten streng national- und europarechtlich geschützter Moor- und Feuchtgebiete. Seit Jahren werden dort Austrocknungserscheinungen beobachtet. Bereits jetzt schon senkt der Braunkohleabbau den Grundwasserspiegel im Umkreis von mehreren Kilometern. Zahlreichen Seen- und Feuchtgebieten der Region wird so das Grundwasser entzogen; sie trocknen aus.

Das Lausitzer Energieunternehmen LEAG plant, den Braunkohleabbau noch bis 2023 fortzuführen. Mit dem Hauptbetriebsplan der LEAG sollen weitere Entwässerungsbrunnen in Betrieb genommen werden, um die Tagebauflächen trocken zu legen. Der Weiterbetrieb droht mehrere geschützte Moorgebiete durch Entwässerung zu zerstören. Zudem kann der Tagebau die Wiedernutzbarmachung der abgebaggerten Landschaft selbst nach Einschätzung der Bergbehörde nicht mehr finanzieren. – Mit der Braunkohle beliefert die LEAG das benachbarte Kraftwerk Jänschwalde, das als einer der klimaschädlichsten Meiler Europas gilt. *(jkl, jk)*

SO WIRD DAS NICHTS!

Plastikgipfel ohne Mut und Vision

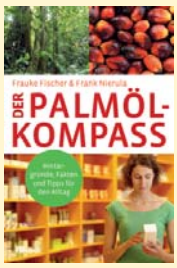
Zu einem völlig ambitionslosen Ergebnis hat der von Umweltministerin Svenja Schulze einberufene Plastikgipfel geführt – so bewertet die DUH die auf dem Gipfel am 27. Februar 2019 angekündigte freiwillige Selbstverpflichtung des Handels für weniger Verpackungsmüll. Schulzes Runder Tisch war überwiegend mit Vertretern aus Supermarktketten und der Lebensmittelbranche besetzt. „Die Ministerin lässt sich mit Einzelmaßnahmen der Wirtschaft abspeisen. Um Verpackungsmüll zu verringern, brauchen wir jedoch mutige gesetzliche Regelungen“, sagt Barbara Metz, Stellvertretende Bundesgeschäftsführerin der DUH.

In Deutschland steigen die Verpackungsmengen stetig. Die DUH fordert deshalb ein Vermeidungsziel zur Halbierung der Verpackungsabfälle bis 2030, eine konsequente Umsetzung der Mehrwegquote für Getränkeverpackungen von 70 Prozent und eine deutliche Erhöhung der Lizenzentgelte für Verpackungsmüll, der im Gelben Sack gesammelt wird. Der Gesetzgeber muss zudem Standards zur Recyclingfähigkeit von Verpackungen und zum Einsatz von Recyclingmaterial verbindlich festlegen. Weitere Forderungen an die Bundesregierung nennt die DUH in ihrer bereits 2018 veröffentlichten „Plastikstrategie für Deutschland“. *(jk)*

DUH*markt*

DUH Umweltschutz-Service GmbH
Fritz-Reichle-Ring 4 | 78315 Radolfzell

Ihre Bestellung direkt: 07732 9995-0



Der Palmöl-Kompass

Frauke Fischer, Frank Nierula
oekom-Verlag 2019,
gebundenes Buch,
176 Seiten, zahlreiche Infografiken und Fotos

Was macht Palmöl mit der Biodiversität, dem Klima und der Gesellschaft? Gibt es rundum gute Alternativen? Die Autoren haben dazu Hintergründe und Fakten zusammen getragen. Wer mehr über Palmöl wissen und seinen persönlichen Konsum einschränken will, braucht dieses Buch!

20.- Euro zzgl. Versand 5,00 Euro
Bestell-Nr. 2098

Das Leben

Dieter Herold
ATGC Verlag 2018,
gebundenes Buch,
154 Seiten

Der Journalist Dieter Herold schreibt ein Plädoyer für die Verantwortung für das Leben, das die Natur hervorbringt: Einzeller, Pflanzen, Tiere und uns. Er entwickelt den roten Faden seines Buches anhand des gemeinsamen Nenners: Leben ist Informationsverarbeitung. Dabei untersucht er auch die Verwandtschaft von Natur- und Industrieprodukten oder von Natur- und Maschinenintelligenz.

33.- Euro zzgl. Versand 5,00 Euro
Bestell-Nr.2097

Vier fürs Klima

Wie unsere Familie versucht, CO_2-neutral zu leben
Petra Pinzler,
Günther Wessel

Droemer 2018, Klappenbroschur, 304 Seiten

Familie Pinzler-Wessel macht Mut mit ihrem Selbstversuch: Ein Jahr lang hat die Familie klimabewusst gelebt. Das Buch berichtet von Recherchen, Erlebtem und alltagstauglichen Lösungen. Dabei gehen die Autoren auch der Frage nach, wie viel eine Familie überhaupt bewirken kann.

18.- Euro zzgl. Versand 5,00 Euro
Bestell-Nr. 2093

Der Künstler Willem Julius Müller und seine Bilder "Volare", 50 x 70 cm, Öl auf Leinwand und "White Flag", 200 x 160 cm, Öl auf Leinwand (v. l.)

KUNST FÜR DIE UMWELT

DUH zeigt Bildreihe „urbane wildnis“

Ab 4. April 2019 zeigt die Deutsche Umwelthilfe die neue Ausstellung „urbane wildnis“ in ihren Berliner Geschäftsräumen. Mit der Ausstellungsreihe „Kunst für die Umwelt – KufU“ eröffnet die DUH eine kritische Perspektive auf Umweltprobleme.

Der Künstler Willem Julius Müller erforscht in seinen Werken menschenleere Kulturlandschaften und Architekturen, die durch die Natur zurückerobert werden. Seine Gemälde sind Sinnbilder für Naturzerstörung, für unsere rasante Entwicklung zu einer Wegwerfgesellschaft, aber auch für die heilende Kraft der Natur. In bewusst übersteigerten Farbtönen kreiert Müller malerische Landschaften. Er hinterfragt dabei den zerstörerischen Egoismus des Menschen und verdeutlicht die Schutzbedürftigkeit unserer Umwelt.

Mit dem Kauf eines Kunstwerkes unterstützen Sie dank eines Spendenanteils die Arbeit der DUH. Das Werk wird als sichtbares Zeichen Ihres Engagements auf andere Menschen ausstrahlen. *(ct, jkl)*

Vernissage: 4. April 2019, 18 Uhr
Deutsche Umwelthilfe e.V.
Am Hackeschen Markt 4, Berlin

Weitere Informationen:
Claudia Tauer, Tel.: 030 2400867-0
E-Mail: veranstaltung@duh.de

GUTES TUN

Handys für die Umwelt

Die DUH hat die erfolgreiche Sammelinitiative ‚Handys für die Umwelt‘ erneut gestartet. Sie ruft Bürgerinnen und Bürger, Kommunen sowie Unternehmen auf, sich an der bundesweiten Aktion zu beteiligen: Ausgediente Smartphones und Mobiltelefone können einfach per Post an die DUH eingeschickt oder über das Rücknahmesystem Mobile-Box an einer der vielen ausgewiesenen Stellen in eine Sammelbox gegeben werden. Indem Sie solche Kartonboxen bestellen, können Sie eine eigene Sammelaktion starten. Mit „Green2B“ bieten DUH und Mobile Box auch Unternehmen eine umweltgerechte Rücknahme ausgemusterter Dienstgeräte inklusive zertifizierter Datenlöschung an.

Jedes Handy zählt: „Bereits mit einem aufbereiteten Smartphone können 14 Kilogramm Ressourcen und 58 Kilogramm Treibhausgasemissionen eingespart werden“, erklärt Philipp Sommer, Stellvertretender Leiter des Bereichs Kreislaufwirtschaft. Die gesammelten Geräte werden nach einer professionellen Datenlöschung zur Wiederverwendung aufbereitet oder hochwertig recycelt, wobei wertvolle Rohstoffe zurückgewonnen werden können. Erlöse aus der Sammlung fließen in Umweltschutzprojekte der DUH. Sie setzt sich bereits seit 2003 dafür ein, dass alten Handys ein zweites Leben geschenkt wird: Über drei Millionen Stück konnten die DUH und ihre Partner schon sammeln. Doch noch immer schlummern mehr als 120 Millionen Althandys ungenutzt in deutschen Schubladen. *(cf)*

Postanschrift Althandy-Rücknahme:

Deutsche Umwelthilfe e.V.
c/o Mobile-Box
Vogelsangerstraße 282
50825 Köln

Weitere Infos:
www.HandysfuerdieUmwelt.de

Termin: Mitgliederversammlung

■ Die Mitgliederversammlung des Regionalverbandes Nord für die Bundesländer Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Hessen, Bremen, Hamburg und Schleswig-Holstein findet am Samstag, 27. April 2019 um 13.00 Uhr in der DUH-Geschäftsstelle Hannover, Goebenstraße 3a, statt. Wir laden alle Mitglieder und Fördermitglieder herzlich ein. Bitte melden Sie sich bis zum 23. April 2019 an.

Anmeldung und Tagesordnung unter: nitschke@duh.de

WEICHEN STELLEN!

Umwelt, Europa und Demokratie wählen

■ ein Plädoyer von Sascha Müller-Kraenner, Bundesgeschäftsführer Deutsche Umwelthilfe

Deutschland war einmal Vorreiter im Umweltschutz und Lokomotive für den umweltpolitischen Fortschritt in Europa. Doch diese Zeiten sind vorbei. Unser Ruf in Europa hat gelitten. Kein anderes Land wird in Sachen Umwelt so oft von der EU-Kommission verklagt. Beispielsweise in Sachen Luftreinhaltung und Düngerecht. Die momentane Bundesregierung steht für umweltpolitische Mut- und Ambitionslosigkeit. Dabei wäre es für Deutschland richtig und wichtig, wieder eine aktive und führende Rolle in Europas Umweltpolitik zu übernehmen. Ohne das aktive Engagement Deutschlands kann auch Europa seine Rolle in der Welt nicht effektiv wahrnehmen.

Warum ist Europa so wichtig und warum sollten alle Bürgerinnen und Bürger am 26. Mai, wenn das Europäische Parlament neu bestimmt wird, zur Wahl gehen? – Deutlich mehr als die Hälfte unserer Umweltgesetze stammen inzwischen aus Brüssel. Dazu gehören beispielsweise die Grenzwerte für saubere Luft, für nitratfreies Trinkwasser, für energiesparende Elektrogeräte oder für sparsame Autos. Das ist erst einmal gut für die Wirtschaft, denn Europas Unternehmen sollen überall dort, wo sie investieren, vergleichbare Regeln und Standards vorfinden. Doch es ist auch wichtig für uns Europäerinnen und Europäer selbst. Alle von uns, gleich aus welchem Mitgliedstaat, egal ob arm oder reich, sollen die Chance haben, in einer gesunden Umwelt aufzuwachsen und zu leben. Es geht um ein Europa, das schützt, auch vor Bedrohungen für die Umwelt und für unsere Gesundheit.

Insofern ist es ein großer Fortschritt, dass wir eine gemeinsame europäische Umweltpolitik haben. Alle Richtlinien und Verordnungen, die Brüssel erlässt, werden übrigens gemeinsam beschlossen – entweder per Mehrheit oder sogar einstimmig. Ein großer Mitgliedstaat wie Deutschland wird dabei äußerst selten überstimmt. Insofern weisen bei all denen, die mit dem Finger nach Brüssel zeigen, über bürokratische Zumutungen und unzureichende Regelungen klagen, vier Finger der eigenen Hand immer zurück auf die eigene Person.

> »Es geht um ein Europa, das schützt, auch vor Bedrohungen für die Umwelt und für unsere Gesundheit.«

Europa hat in der Welt nur dann Gewicht, wenn es geschlossen auftritt. Zum Beispiel bei den internationalen Klimaverhandlungen: Hier geht es darum, dass wir in Europa – einer Ansammlung relativ kleiner Länder – unsere Interessen und Vorstellungen gegenüber Trumps USA oder mächtigen Schwellenländern wie China durchsetzen können.

Beispiel Regenwaldschutz: Wenn der neue brasilianische Präsident Bolsonaro den Regenwald für den Sojaanbau abholzen möchte, muss er ein starkes Nein aus Europa vernehmen. Und wir müssen unsere Agrarpolitik so reformieren, dass sie ohne Massentierhaltung und massive Futtermittelimporte aus dem Süden auskommt. Beispiel Auto: Nur wenn die europäische Autoindustrie heute auf saubere und effiziente Fahrzeuge setzt, wird sie von der Konkurrenz in China nicht abgehängt.

Wenn Sie also am 26. Mai zur Wahl gehen, haben Sie die Gelegenheit, die Weichen Europas mitzustellen. Nutzen Sie diese Chance! Das neue Europaparlament braucht eine pro-europäische und demokratische Mehrheit. Nur dann hat auch unsere Umwelt eine Chance. ■

Termine

Ansprechpartnerin:
Annette Bernauer, bernauer@duh.de oder Tel. 07732 9995-0
Weitere Informationen: www.duh.de/legat.html

Gäste der Deutschen Umwelthilfe erhalten bei der Vernissage den Bildband zur Ausstellung oder das Hörbuch als Geschenk.

In Zukunft anders

Lärm-, Klimaschutz und Luftreinhaltung sind die großen Herausforderungen, vor denen wir derzeit im Verkehrssektor stehen. Am einfachsten scheint der Wandel in den Städten – viel wird hier schon ausprobiert. Wie kommen wir ans Ziel?

■ von Laura Brönstrup und Dorothee Saar

Wien zählt zu den grünsten Metropolen Europas und auch der ÖPNV ist europäische Spitzenklasse. In der österreichischen Hauptstadt haben mehr Menschen ein Jahresticket für den Öffentlichen Nahverkehr als ein Auto.

Grün soll sie sein und ruhig. Der Verkehr morgens, mittags, abends geschmeidig dahinfließen, ohne Abgase. Am besten auch noch leise, in Bussen und Bahnen auf und an Schienen, in wenigen Autos mit mehr als nur einer Person. Breite Radwege neben noch breiteren Fußwegen. So könnte sie aussehen – die Stadt, in der wir in Zukunft leben.

Doch wie lässt sie sich realisieren? Feststeht, dass die Mobilität der Zukunft in der Gegenwart entschieden wird. Und dass diese Entscheidungen schon heute Auswirkungen auf uns alle haben.

Weniger Autos, mehr Raum

Nicht nur in Stuttgart, München oder Düsseldorf herrscht schlechte Luft. Auch dort, wo keine Messstellen die mangelnde Luftqualität bestätigen, spüren Menschen, dass Autoabgase und Verkehrslärm ihnen nicht guttun. Die aktuelle Debatte um Verkehrsbeschränkungen für Dieselfahrzeuge zeugt davon, dass trotz längst bekannter Probleme zu lange weggeschaut wurde. Auch die vor Jahren beschlossenen Klimaschutzziele erfordern ein Umdenken in Sachen Verkehr. Und die Zeit drängt: Was wir uns für das Jahr 2020 an CO_2-Einsparung vorgenommen haben, droht zu scheitern. Und die Verpflichtungen für 2030? Kaum ist das Klimaschutzgesetz im Entwurf vorgestellt, wird Widerstand laut von denen, die die verbindlichen Programme und Abkommen unterzeichnet und sich dafür einst haben feiern lassen.

Hierzulande wehen die Abgase der Vergangenheit durch die Straßen

Seit fast zehn Jahren verspricht uns die Automobilindustrie eine Wende hin zu sparsamen, sauberen und vor allem elektrischen Antrieben. Was nun jedoch an elektrischen Antrieben kommt, ist eher von der Angst geprägt, endgültig den Anschluss zu

verlieren, denn Hersteller auf anderen Kontinenten sind längst weiter. In China und den USA etwa setzt die dortige Politik klare Vorgaben. Statt nachzuziehen, werden hierzulande Spritschlucker und SUVs fleißig subventioniert und schmutzige Diesel belasten unsere Innenstädte mit giftigen Abgasen. Auf Reparaturleistungen manipulierter Diesel auf Kosten der Hersteller warten Millionen Menschen bis heute vergeblich.

Auch klafft zwischen dem, was Autos im realen Betrieb verbrauchen und dem, was die Hersteller offiziell angeben, eine Lücke von inzwischen knapp 40 Prozent. All das dank einer Regierung, die ihre schützende Hand behutsam über eine so einflussreiche Industrie legt und effektive Kontrollen sowie die Veröffentlichung von Ergebnissen verweigert.

Elektrifizierung der Schiene bleibt auf der Strecke

Doch nicht einmal dort, wo Elektromobilität schon seit Jahren existiert, gehen wir entschlossen voran: Während in der Schweiz 99,7 Prozent der Schienenstrecken elektrifiziert sind und damit der komplette bahngebundene Personen- und Güterverkehr zukunftsgerecht erfolgt, sind es in Deutschland gerade einmal 59 Prozent. Die Folge: Diesellokomotiven und Triebwagen ohne wirksame Abgasreinigung verpesten die Luft in den Bahnhöfen von Städten wie Köln, Frankfurt sowie in den angrenzenden Stadtbezirken. Deutschland liegt – was den Grad der Streckenelektrifizierung angeht – sogar noch hinter Polen und Spanien.

Wurden 1995 noch 410 Kilometer pro Jahr elektrifiziert, waren es 2018 nur noch 64 Kilometer. Bei dieser Geschwindigkeit wird es bis zum Jahr 2300 dauern, bis wir auf der Schiene die Verkehrswende hin zur Elektromobilität geschafft haben. Die derzeit in Pilotvorhaben getesteten Wasserstoffantriebe auf der Schiene sind da keine Alternative: Nach dem Auslaufen von Fördermaßnahmen wird sich die teure Technologie kaum weiter behaupten können, angesichts der knapp bemessenen Budgets für Nahverkehrsleistungen – und ein Zuwachs der Mittel wäre sicher besser in den Ausbau der Infrastruktur und die

Die Elektrifizierung des Bahnverkehrs geht in Deutschland im Schneckentempo voran.

Standpunkt

Politik untergräbt Rechtsstaat

Eine öffentliche Debatte um Grenzwerte für Stickstoffdioxid und Feinstaub wird begonnen. Durch das Parlament verabschiedete Höchstwerte sollen wegen dieser Debatte unverbindlich sein. Nur sind sie es nicht. Allein der Gesetzgeber kann geltende Grenzwerte verändern, nicht der Verkehrsminister. Längst sind von deutschen Gerichten Urteile gesprochen, die verlangen, die Luft so schnell wie möglich sauber zu machen. Doch noch immer fahren Millionen Betrugs-Diesel im Abgasdunst durch die Straßen und Messstellen zeichnen eine Überschreitung nach der nächsten auf. Haben sich Teile der Politik vom Rechtsstaat verabschiedet?

■ von Remo Klinger

Wenn politische Kräfte mit wirtschaftlicher Macht zusammenwirken, mag zuweilen der Eindruck entstehen, sie schaffen sich ihr eigenes Recht. Nichts anderes muss man annehmen, wenn man sich die vergangenen drei Jahre anschaut, in denen einer der größten Industrie-Skandale der Nachkriegszeit seinen Lauf nahm. Zwar kennen wir seit Jahrzehnten Probleme bei der Um- und Durchsetzung bestehender Gesetze, dass jedoch, wie beim Dieselskandal, bis in die Spitzen des Staates hinein ganz bewusst daran gearbeitet wird, bestehendes Recht zu unterlaufen und selbst höchstrichterliche Entscheidungen durch eine Landesregierung offen missachtet werden, ist für mich in meinen zwanzig Jahren als Rechtsanwalt eine neue Dimension.

> »Dass selbst höchstrichterliche Entscheidungen offen missachtet werden, ist für mich eine neue Dimension.«

Den Gipfel dieser bis dato unerreichten Ignoranz gegenüber Recht und Gesetz haben wir derzeit in München erreicht. Denn die Bayerische Staatsregierung weigert sich bis heute, ein bereits seit 2014 rechtskräftiges Urteil für „Saubere Luft" in München umzusetzen und Diesel-Fahrverbote in den Luftreinhalteplan aufzunehmen. Ein einmaliger Vorgang in der Geschichte der Bundesrepublik.

Die bayerische Landesregierung tut damit nichts anderes, als die Grundfesten unseres Rechtsstaats zu schleifen. Und auch

> »Die Bundespolitik setzt weiterhin alles daran, die betrügende Automobilindustrie zu schonen.«

die Bundespolitik setzt weiterhin alles daran, eher die betrügende Automobilindustrie zu schonen, als sich um die Durchsetzung des Rechts zu kümmern. Im Zweifel werden lieber Fahrverbots-Verbots-Gesetze auf den Weg gebracht, wohlwissend, dass sie an den Vorgaben des Europarechts ehedem nichts ändern können. Stattdessen wäre es spätestens seit 2015 geboten gewesen, alle als sogenannte Thermofenster getarnten Abschalteinrichtungen zu untersagen und die Automobilunternehmen zu verbindlichen Hardwarenachrüstungen zu verpflichten. Wenn der durch CDU/CSU geplante „Pakt für einen starken Rechtsstaat" nicht nur scheinheilig sein soll, muss die Union bei ihrem eigenen Regierungshandeln beim Thema Diesel in Bund und Ländern anfangen. Es geht nicht an, stattdessen die Autorität der Gerichte untergraben zu wollen, so dass diese, wie zuletzt durch den Bayerischen Verwaltungsgerichtshof geschehen, in ihrer Not den Europäischen Gerichtshof mit der Frage befassen, ob man bereits jetzt Mitglieder der Bayerischen Staatsregierung inklusive des Ministerpräsidenten in Haft setzen muss, um rechtskräftige Gerichtsentscheidungen durchzusetzen. Eine wehrhafte Demokratie darf das nicht hinnehmen und wird es schlussendlich auch nicht akzeptieren, davon bin ich überzeugt.

Es ist ein Glück, dass mit der DUH ein Verband auftritt, der die nötigen rechtlichen Auseinandersetzungen, notfalls bis zum Europäischen Gerichtshof, nicht scheut. Umso bedenklicher ist es, dass eine ehrwürdige Partei wie die CDU zivilgesellschaft-

lichen Organisationen ihre Glaubwürdigkeit gerade dann abzusprechen versucht, wenn sie zu viele Gerichtsverfahren gewinnen. Was soll man davon halten? Soll es zukünftig eine bestimmte Zahl an Klageerfolgen geben, die man haben darf, darüber hinaus wird der Erfolg existenzgefährdend?

Es ist schon bemerkenswert, dass ausgerechnet ein eng mit Autokonzernen verbundener Bezirksverband der CDU der DUH den Zugang zu Gerichten erschweren möchte und die CDU auf ihrem Bundesparteitag 2018 über den Entzug der Gemeinnützigkeit abstimmen ließ. Hier wird zu Maßnahmen gegriffen, die wir ansonsten nur aus autoritären Regimen kennen. Ein in hohem Maße bedenklicher Umstand, der allen zivilgesellschaftlichen Akteuren weit über die DUH hinaus zu denken geben sollte und gibt.

Nur mit einer Courage, die die DUH seit vielen Jahren gegen erhebliche Widerstände an den Tag legt, wird man Tendenzen, die meinen, dass ihre politische Macht über dem Recht steht, Einhalt gebieten können.

Rechtsanwalt Professor Dr. Remo Klinger vertritt die DUH in den Klagen für das Recht auf Saubere Luft.

Beim Nachbarn aus den Niederlanden funktioniert der Ausbau der Elektromobilität. Die Niederlande geben elektrisch betriebenen Dienstwagen steuerliche Vorteile, Taxis und Busse werden mehrheitlich elektrisch betrieben, Lademöglichkeiten sind vorhanden.

Ausweitung des Angebots investiert. Für alle Fahrzeuge und Antriebe gilt: Die Effizienz muss deutlich gesteigert werden, damit wir CO_2-Emissionen und Energiebedarf verlässlich und deutlich senken können. Wenn der Umstieg von fossilen Kraftstoffen auf erneuerbare Energien gelingen soll, muss sichergestellt werden, dass diese so effizient wie möglich zum Einsatz kommen, denn sie stehen nur in begrenztem Maße zur Verfügung.

Saubere Luft auch fürs Klima

Während gegenwärtig vorrangig der Aspekt der Luftreinhaltung die Diskussion um ein verändertes Mobilitätsverhalten in Städten vorantreibt, ist dies auch vor dem Hintergrund der Klimapolitik entscheidend. Denn wenn wir uns nicht längst schon von unseren Klimaschutzzielen verabschiedet haben, brauchen wir Maßnahmen, die eine Lösung nicht nur in ferner Zukunft verheißen, sondern bereits kurzfristig Klimagase einsparen – in einem Sektor, dessen CO_2-Emissionen derzeit wachsen statt zu sinken. Zu solchen Maßnahmen zählt nicht nur das viel diskutierte Tempolimit auf deutschen Autobahnen und Landstraßen, sondern auch der Abbau klimaschädlicher Subventionen – durch eine Änderung der Dienstwagenbesteuerung, eine Anpassung der Energiebesteuerung für Kraftstoffe, eine Änderung der Pendlerpauschale.

Kopenhagen ist eine der fahrradfreundlichsten Städte weltweit. Die Stadt reduziert z. B. den Parkraum für Autos jährlich um 3 Prozent, um so mehr Raumressourcen für den Radverkehr zu gewinnen.

Parallel dazu müssen Alternativen her, denn mobil bleiben, das ist eine der zentralen Anforderungen in unserer Gesellschaft. Der Ausbau von Angeboten im öffentlichen Nahverkehr ist daher unabdingbar. Hier muss deutlich investiert werden, um den Umstieg attraktiv zu machen – einsteigen und losfahren statt viel Wartezeit an Bahnhöfen zu vergeuden. Die DUH fordert die Einführung eines Blauen Tickets: Für einen Euro am Tag könnte damit der gesamte bundesweite Nahverkehr genutzt werden. Konzepte zur Umsetzung gibt es etwa in Österreich. In Wien war die Einführung eines solchen Tickets so erfolgreich, dass mittlerweile 39 Prozent der Wege in öffentlichen Verkehrsmitteln zurückgelegt werden. Und auch in deutschen Städten ist das Ticket Thema, etwa in Wiesbaden oder Augsburg. Warum also nicht eine Lösung für das ganze Land anstreben? Keine Frage, zur Umsetzung brauchen wir ein verändertes Finanzierungsmodell und dieses muss mit einer entsprechenden Ausweitung des Angebots Hand in Hand gehen.

Sicher mit dem Rad unterwegs

Als klimafreundliche und gesunde Alternative gehört auch der Radverkehr in die Stadt der Zukunft. Nach dem erfolgreichen Berliner Radentscheid, dessen zentrale Forderungen Mitte 2018 Eingang ins Berliner Mobilitätsgesetz fanden, regen sich vielerorts in Deutschland vergleichbare Initiativen. Ihr Ziel: Sichere Fahrradwege in ausreichender Zahl, eine verbesserte Infrastruktur auch für den ruhenden Radverkehr und der Ausbau von Radschnellwegen. All das, um den Anteil des Radverkehrs am Gesamtverkehr deutlich zu erhöhen.

Aktivitäten finden sich in Städten wie Hamburg, Bamberg, Darmstadt oder Frankfurt am Main, aber auch erstmals eine Initiative, die gleich für das gesamte Bundesland Nordrhein-Westfalen den Wechsel aufs Rad anstoßen will. Dies führt nicht nur in einzelnen Städten zu mehr Aufmerksamkeit und vor allem mehr Budget in den Behörden, sondern auch zu verstärkten Diskussionen unter Bewohnerinnen und Bewohnern über die Frage, wie Mobilität in ihren Städten künftig aussehen soll.

Doch nach wie vor sind Radentscheide und Volksinitiativen abhängig vom großen Engagement meist ehrenamtlich tätiger Menschen. Es wird höchste Zeit, dass sich dieses Engagement auch auf die Verwaltungsebenen ausbreitet.

Ein fertiges Konzept für eine Verkehrswende gibt es sicher so wenig wie die eine zentrale Maßnahme, die alle Probleme mit einem Schlag lösen wird. Es bedarf eines ganzen Bündels an Maßnahmen, die hier und dort bereits diskutiert werden. Auf diesem Weg sollten wir weitergehen und damit unsere Mobilität selbst gestalten, statt ein so wertvolles Gut – den öffentlichen Raum – großen Automobilkonzernen zu überlassen. ■

Förderer des Projektes „Blaues Ticket“: VNF Venture and Nature Fund

Weniger ist mehr

Mit einem Tempolimit auf Autobahnen ließen sich mehr Sicherheit und mehr Klimaschutz realisieren. Deutschland diskutiert und der gesunde Menschenverstand kommt ins Spiel.

Der immer stärker motorisierte Verkehr auf unseren Straßen hat seinen Preis: Er verursacht knapp ein Fünftel der CO_2-Emissionen Deutschlands – der Verkehr ist der einzige Bereich, in dem der Ausstoß von Klimagasen seit 1990 steigt. Die DUH hat daher ihre langjährige Forderung nach einem generellen Tempolimit von 120 Kilometern pro Stunde (km/h) auf Autobahnen und 80 km/h auf Landstraßen erneut in die politische Debatte eingebracht. Nach unseren Schätzungen ließen sich damit bis zu fünf Millionen Tonnen CO_2 pro Jahr einsparen, was Verbraucherinnen und Verbraucher keinen Cent kosten würde.

Geschwindigkeit versus Sicherheit

Über 400 Menschen sterben jährlich hierzulande allein auf Autobahnen. Mit durchschnittlich drei Verkehrstoten je 100 Kilometer Autobahn belegt Deutschland einen traurigen Spitzenplatz. In allen unseren Nachbarländern ist die Geschwindigkeit begrenzt und schwere Unfälle sind seltener zu verzeichnen. Zudem bewältigen solche entschleunigten Autobahnen mehr Fahrzeuge, was zu weniger Staus führt.

„Gegen jeden Menschenverstand“ sei laut Bundesverkehrsminister Andreas Scheuer die DUH-Forderung nach einem Tempolimit – obwohl doch ausgerechnet die von ihm eingesetzte Experten-Kommission eine Begrenzung der Höchstgeschwindigkeit auf Autobahnen von 130 km/h in die Diskussion eingebracht hatte. Im Januar 2019 waren daneben die Erhöhung von Kraftstoffsteuern, höhere Steuern für Spritschlucker und eine Quote für Elektroautos als Vorschläge der Kommission bekannt geworden.

Ein Ende des Geschwindigkeitsrauschs und stattdessen besseren Schutz von Mensch und Klima verlangen viele: die Evangelische Kirche in Mitteldeutschland, die Gewerkschaft der Polizei, der ökologische Verkehrsclub VCD und weitere Umweltverbände. Sie vertreten eine Mehrheit – über die Hälfte der befragten Deutschen unterstützen ein generelles Tempolimit. *(cf, jk)* ■

Keine Lebensmittel für die Tonne!

Lebensmittel, die nie in unserem Magen landen, bedeuten einen unnötigen Verbrauch von Landflächen, Wasser, Energie und anderen Ressourcen. Zudem haben sie bereits bei ihrer Produktion das Klima mit Treibhausgasen belastet. Besonders problematisch sind hierbei die Methanemissionen aus der Rinderhaltung für Milch- und Fleischerzeugnisse. Ungezählt sind die Tier- und Pflanzenarten, die aufgrund intensiver Landwirtschaft in Bedrängnis geraten sind.

Weltweit: Rund ein Drittel der essbaren Lebensmittel geht verloren. In absoluten Zahlen pro Jahr:

1,3 Milliarden Tonnen

(Quelle: Gustavsson 2011)

Europäische Union: 89 Millionen Tonnen

(Quelle: Europäisches Parlament 2012)

Deutschland: 18 Millionen Tonnen – davon gelten **10** Millionen Tonnen **(54%)** mit der heutigen Technik als vermeidbar. Das entspricht über **300 kg** essbarer Lebensmittel, die pro Sekunde unnötig verloren gehen.

Pro Jahr und Einwohner landen in Deutschland **229 kg** essbarer Lebensmittel im Müll. Davon wären **123 kg** vermeidbar.

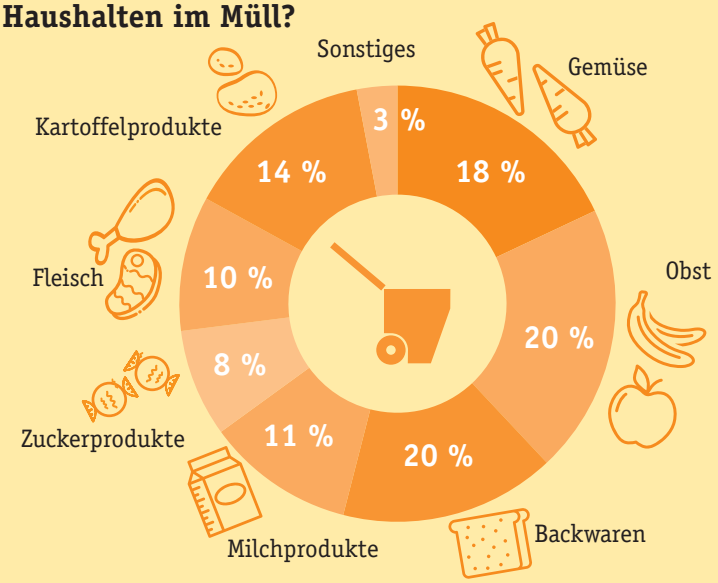
(Quelle: Noleppa & Cartsburg, 2015)

230.000

Jährlich werden in Deutschlands privaten Haushalten ca. 230.000 Rinder in Form von Wurst- und Fleischwaren in den Müll geworfen.

(Quelle: Heinrich-Böll-Stiftung, Fleischatlas, 2014)

Welche Lebensmittel landen in deutschen Haushalten im Müll?



(Quelle: Noleppa & Cartsburg, 2015)

Lebensmittel, die im Müll landen, sind teuer, umwelt- und klimaschädlich.

Sie

…. kosten **235 Euro** pro Person.

… verbrauchen mehr als **9 m³** Wasser pro Person.

… verursachen **48 Mio. t CO_2** und CO_2-Äquivalente. Das entspricht mehr CO_2, als der gesamte Lkw-Verkehr Deutschlands verursacht.

(Zahlen für Deutschland, pro Jahr)

(Quellen: Waskow, 2018; Vanham et al., 2015; Noleppa & Cartsburg, 2015)

Mit der in der EU weggeworfenen Menge an Lebensmitteln könnte man die **55 Millionen** in Armut lebenden Europäer **9 Mal** versorgen.

(Quelle: Europäisches Umweltbüro (EEB))

1,4 Milliarden Hektar Land – 28 %

der weltweiten Agrarflächen werden jährlich für die Erzeugung von Lebensmitteln genutzt, die nie gegessen werden. Das entspricht fast **4 Mal** der Fläche von Deutschland.

10 Tipps, um Lebensmittel vor der Tonne zu retten

- Machen Sie eine **Einkaufsliste**. Kaufen Sie nur das, was darauf steht.
- Kaufen Sie leicht verderbliche Ware **nicht auf Vorrat**.
- Kaufen Sie Obst und Gemüse **lose**, statt im Gebinde.
- Bereiten Sie nur so viel zu, wie **gegessen** wird.
- Richtige **Lagerung** verlängert die Haltbarkeit.
- Ist Obst nicht mehr ganz frisch, verwenden Sie es für **Marmelade, Smoothies, Säfte** oder **Kuchen**.
- Bereiten Sie **aus Resten** neue leckere Gerichte oder Brühe.
- Lassen Sie sich im Restaurant die Reste **einpacken** – in eine mitgebrachte Dose.
- **Verschenken** Sie Übriggebliebenes an Nachbarn, Freunde oder Kollegen.
- Nutzen Sie Plattformen wie **www.foodsharing.de**. Darüber können Privatpersonen, Supermärkte, Bäckereien, Restaurants und Landwirte kostenlos Essen anbieten und abholen.

Unterscheiden Sie diese 2 Begriffe:

„Mindestens haltbar bis …“

Das Mindesthaltbarkeitsdatum (MHD) dient als Orientierungshilfe und ist kein Wegwerfdatum. Die Produkte sind meist auch nach deren Ablauf noch uneingeschränkt genießbar. Setzen Sie die Sinne ein: schmecken, riechen, Konsistenz prüfen.

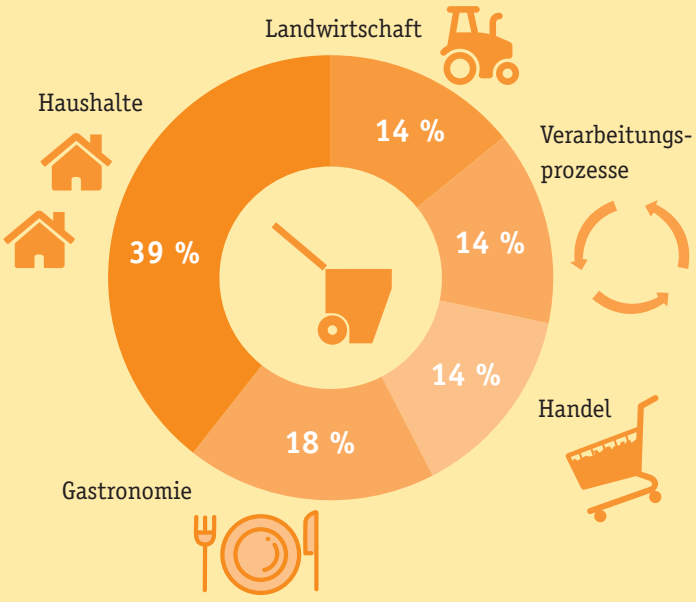
„Zu verbrauchen bis …“

Das Verbrauchsdatum gilt für leicht verderbliche Lebensmittel. Die Lagerungsempfehlungen sollten eingehalten und die Produkte nach Ablauf des Verbrauchsdatums nicht mehr verwendet werden.

Lebensmittelabfälle in Deutschland

In Einkaufswagen gefüllt, reichen die jährlichen Lebensmittelabfälle in Deutschland vier Mal um den Äquator.

Wer ist an den Lebensmittelabfällen beteiligt?



(Quelle: UBA und Noleppa & Cartsburg, 2015)

Artenschutz

Kegelrobben-Baby gesichtet

An der deutschen Ostseeküste ist die Geburt einer Kegelrobbe eine Sensation, denn die einst heimische Art war fast komplett verschwunden. Im vergangenen Winter gab es bei Familie Kegelrobbe hier zum ersten Mal Nachwuchs.

Das größte Raubtier Mitteleuropas kehrt zurück an die deutschen Küsten. In der Nordsee sind Kegelrobben bereits seit Jahren wieder heimisch und vermehren sich. Die Bestände in der Ostsee hingegen erholen sich nur langsam von der intensiven Bejagung, die etwa hundert Jahre lang währte. Seit Dezember 2004 beobachtet man wieder erwachsene Kegelrobben im Greifswalder Bodden bei Rügen. Jungtiere wurden erst Anfang 2018 gesichtet, insgesamt vier an Mecklenburg-Vorpommerns Küsten. Eines von ihnen war hier auch zur Welt gekommen. „Das strenge Jagdverbot und langfristige Anstrengungen im nationalen und internationalen Arten- und Meeresschutz tragen endlich ihre Früchte“, freut sich Katrin Schikorr, Naturschutzexpertin bei der DUH.

Abstand halten!

Hat man das Glück, eine Kegelrobbe am Strand zu beobachten, sollte man einen Sicherheitsabstand von einhundert Metern einhalten und die Tiere weder berühren noch füttern. Das gilt natürlich auch für Jungtiere. Hunde sollte man an die Leine nehmen. „Wenn man den Robben zu sehr auf den Pelz rückt, können sie fest zubeißen“, warnt Schikorr. Erfreulich: Um und auf Helgoland, wo Robben und Menschen bereits seit den 1990er Jahren regelmäßig aufeinandertreffen, gab es weder mit Strandbesuchern noch mit Schwimmern je einen ernsthaften Zwischenfall.

Wer ein Jungtier sichtet, sollte dies dem Deutschen Meeresmuseum oder den zuständigen Behörden – Polizei, Nationalpark, Biosphärenreservat oder Gemeinde – melden. Zum einen fließen solche Beobachtungsdaten in das Monitoring ein, zum anderen wird dann der betreffende Küstenabschnitt abgesperrt.

DUH fordert Managementplan

Nicht bei jedem löst die Rückkehr der Kegelrobben Freude aus. Als im Januar die Heringssaison in der Ostsee begann, beschwerten sich die Küstenfischer über die zunehmende Zahl der Robben, die ihnen Fische aus den Netzen stibitzen oder die Netze beschädigen. In Mecklenburg-Vorpommern begleitet seit vielen Jahren eine regionale Arbeitsgemeinschaft aus Naturschutz und Fischerei die Rückkehr der Art und vermittelt zwischen den Interessen. Zusätzlich untersucht seit 2018 ein Forschungsvorhaben durch Kegelrobben verursachte Schäden an Fischernetzen. Auch die DUH stellt mögliche Lösungsansätze zusammen. Um all dies zu bündeln und zukünftiges Handeln zu regeln, muss die Landesregierung dringend einen Managementplan für die Robben erarbeiten.

Schikorr erläutert: „Für das Ökosystem Meer sind die Kegelrobben als große Raubtiere wichtig, weil sie eine regulierende Wirkung auf die Fischpopulationen und das komplexe marine Lebensnetz haben. Bewohner wie auch Besucher der Region können diese beeindruckenden Meeressäuger nun wieder bei uns beobachten und müssen dafür nicht in entfernte Polargebiete reisen. Dies birgt Chancen für den Naturtourismus. Wir wünschen uns ein rücksichtsvolles und ausgewogenes Miteinander von Mensch und Wildtier. Dafür setzen wir uns ein.“ *(lbr, jk)*

Förderer:

DEUTSCHE POSTCODE LOTTERIE

In den ersten fünf Lebenswochen tragen Jungtiere ein weißes Babyfell.

Neue Broschüre

Umwelt und Geflüchtete

Aus dem Erfahrungsschatz von Gartenprojekten, die in besonderer Weise geflüchtete Menschen mit einbeziehen, hat die DUH eine Broschüre erarbeitet. Gefunden haben wir die guten Beispiele in unserem Wettbewerbsprojekt „Gärten der Integration“ in den Jahren 2017 und 2018.

An vielen Orten sind interkulturelle Lernorte entstanden, die gemeinschaftsbildend und sinnstiftend für alle Beteiligten sind – egal welcher Herkunft. Hier kommen Menschen über kulturelle Grenzen hinweg miteinander ins Gespräch und lernen sich kennen. Gartenarbeit erdet auf besondere Weise und vermittelt ein Gefühl von Ortsverbundenheit und Verwurzelung.

Die 28-seitige Praxis-Broschüre richtet sich an Gartenbegeisterte, die Anregungen für eigene Gemeinschaftsgärten suchen sowie an Kommunen, die neue Wege bei der Integration von Geflüchteten gehen wollen und als Unterstützer gebraucht werden. *(dj)*

Förderer: DBU Deutsche Bundesstiftung Umwelt

Die Broschüre ist ab April als pdf-Datei unter www.duh.de/gaerten-der-integration/ zu finden und kostenlos als gedrucktes Exemplar erhältlich bei:
Deutsche Umwelthilfe e.V.
Daria Junggeburth
junggeburth@duh.de

Anzeige

taz Verlags- und Vertriebs GmbH, Friedrichstraße 21, 10969 Berlin

Schlimm! Schlimm! Schlimm!

Was geht’s uns heute wieder schlecht.
Ist ja auch schlimm. Alles.
Vor allem die anderen Leute. Die sind wirklich schlimm.
Und das Allerschlimmste kommt erst noch. Aber *nicht* in diesem Heft.

ALLES WIRD GUT – die neue Ausgabe von taz FUTURWEI.
Mit Sophie Passmann, Jagoda Marinic, Dunja Hayali, Annabelle Seubert, Ilija Trojanow, Harald Welzer, Arno Frank, Ulrich Gumbrecht, Ingo Arzt, Jörg Metelmann und dem Buchmessen-Spezial.

FUTURZWEI-Abo-Prämie
Limitierter Siebdruck auf Bio-Baumwollrucksack gestaltet von Donata Kindesperk für taz FUTURZWEI

Vier Ausgaben für 30 Euro:
tazfuturzwei.de/abo
futurzwei.abo@taz.de
T (030) 25 902 200

tazfuturzwei.de **Besuchen Sie den taz FUTURZWEI Stand auf dem tazlab Marktplatz!**

Landwirtschaft

Chemie auf dem Acker

Die konventionelle Landwirtschaft kommt hierzulande leider nicht ohne Agrarchemie aus. In einer detaillierten Studie benennen die DUH und die Aurelia-Stiftung Eckpunkte für ein Pestizidreduktionsprogramm.

Trotz aller Bekundungen der Politik und des Deutschen Bauernverbands steigt die Absatzmenge von Pestiziden in Deutschland stetig an – nachhaltig ist das keinesfalls. Die moderne Landwirtschaft hat sich abhängig vom Einsatz von Pestiziden, Wachstumsreglern und Mineraldüngern gemacht.

Die Landwirtschaft nimmt etwas mehr als die Hälfte von Deutschlands Fläche ein. Fast überall dort, wo intensiv gewirtschaftet wird, gelangen Unmengen von Dünger und toxischen Stoffen aus der Agrarchemie in die Umwelt und tragen massiv zum Artensterben bei. Besonders auffällig ist das Verschwinden der Insekten. Lebensräume, die nicht beackert, besprüht und überdüngt werden, sind in der Kulturlandschaft kaum noch zu finden.

Neonicotinoide sind hochwirksame Insektengifte – sie töten auch Bienen.

Unser Partner, die Aurelia-Stiftung, befasst sich mit dem Schutz von Bienen. Gemeinsam treten wir für ein EU-weites Verbot von Neonicotinoiden ein. Diese höchst wirksamen Gifte gefährden vor allem Blütenbesucher – Hummeln, Bienen und Schmetterlinge. Das Insektensterben wirkt sich über die Nahrungskette auch auf andere Lebewesen aus: Insektenfressende Vögel wie der Star oder das Rotkehlchen finden schlichtweg nicht mehr genug Futter. Pestizideinsätze während der Fortpflanzungszeit vieler Amphibien im Frühjahr schädigen Laich, Larven, erwachsene Kröten und Frösche.

Neue Regeln für weniger Pestizide

Die Aurelia-Stiftung und die DUH fordern deshalb ein nationales Programm, das Pestizide wirksam reduziert. Der Koalitionsvertrag kündigt einen möglichst baldigen Ausstieg aus Glyphosat an – doch passiert ist bislang noch nichts. Es ist zu befürchten, dass Bundeslandwirtschaftsministerin Julia Klöckner die Sache aussitzt. Auch die viel beschworene Digitalisierung der Landwirtschaft bremst den Gifteinsatz nicht.

Wenn das Bundeslandwirtschaftsministerium im Sommer 2019 seine Ackerbaustrategie vorlegt, muss darin die Selbstverpflichtung zur Reduktion von Pestiziden auftauchen. Denn Äcker sind der Landschaftstyp, in dem die meisten Herbizide, Insektizide und Co. zum Einsatz kommen. Nicht zuletzt kann der Ökolandbau Vorbild für weniger Chemieeinsatz sein – auch für die konventionelle Landwirtschaft. *(jk)* ■

Die „Strategie zur Reduzierung von Pestiziden" finden Sie unter: www.duh.de/themen/natur/planetare-grenzen/pestizide/

Förderer:

VNF
Venture and Nature Fund

Biodiversität

Regenwald raus aus dem Tank!

Als gewichtiger Palmöl-Konsument besitzt die EU eine Verantwortung für den Raubbau an Südostasiens Regenwäldern. Statt in Lebensmitteln, landet das meiste Palmöl in Autotanks. Das wird sich bald ändern.

In der europäischen Energiepolitik gibt es erfreuliche Neuigkeiten: Die EU-Kommission gab am 13. März 2019 bekannt, dass die Beimischung von Palmöl zum Dieselkraftstoff ab 2023 schrittweise reduziert und bis 2030 beendet sein soll. Dass die Kommission ihren eigenen Entwurf kurzfristig noch nachgebessert hat, wertet die DUH auch als Erfolg ihrer Kampagnenarbeit und dankt allen Unterstützern ganz herzlich. – Bei Redaktionsschluss der DUHwelt standen die Verabschiedung im Umweltausschuss und im EU-Parlament noch aus.

Orang-Utans belagern EU-Botschaften

Im Rahmen einer internationalen Kampagne von dreizehn NGOs in elf Ländern hat die DUH am 21. Januar vor der EU-Vertretung in Ber-

Im Januar protestierten DUH-Mitarbeitende vor der EU-Vertretung in Berlin und trugen symbolisch einen Orang-Utan zu Grabe.

lin zum Protest gegen die Naturzerstörung durch Palmölproduktion aufgerufen. Anschließend beteiligten sich die DUH-Naturschutzexperten an den Anhörungen in den EU-Gremien. 650.000 EU-Bürgerinnen und -Bürger dokumentierten mit ihrer Unterschrift, dass sie ein konsequentes Beenden der Verbrennung von Palmöl in Autotanks fordern. Gegen die Schlupflöcher im ersten Gesetzesentwurf der EU-Kommission haben 62.000 Konsultationsbeiträge protestiert. Offensichtlich hat die EU-Kommission die Kritik ihrer Bürger und Verbände wahrgenommen.

Nun kommt es auf die rasche Umsetzung in den Mitgliedstaaten an. Deutschland sollte mit gutem Beispiel vorangehen und wie Frankreich Palmöl schon vor 2030 aus dem Biosprit verbannen.

Unter dem Druck der Erzeugerländer

Die EU ist weltweit der zweitgrößte Importeur von Palmöl. Mehr als die Hälfte des in die EU eingeführten Palmöls, rund vier Millionen Tonnen, wird derzeit für die Herstellung von Biodiesel verwendet. Ursprünglich wollte man damit die CO_2-Bilanz des fossilen Kraftstoffs verbessern. Mittlerweile ist bekannt: Aufgrund der mit Ölpalmen-Anbau verbundenen Regenwaldabholzung ist das Biodieselgemisch dreimal schädlicher für das Klima als herkömmlicher Diesel. Wo tropische Waldlebensräume weichen müssen, sterben zudem Tierarten wie der Orang-Utan. Deshalb heißt die DUH-Kampagne „Regenwald raus aus dem Tank".

Um den Wirtschaftsinteressen der Palmöl produzierenden Länder wie Malaysia, Indonesien und Kolumbien entgegen zu kommen, hatte die Kommission im ersten Entwurf des Rechtsakts zunächst eine Reihe von Ausnahmen, beispielsweise für Klein- und Brachflächen vorgesehen. Sie hätten im Extremfall sogar dazu führen können, dass der Anteil an Palmöl im Biodiesel weiter angestiegen wäre. – Die jetzige Entscheidung der EU ist ein wichtiger Schritt auf dem langen Weg zum Erhalt der Regenwälder Südostasiens. *(jk)*

Anzeige

Seenschutz

Das „Venedig Afrikas“ versinkt im Müll

Den Nokoué-See in Benin hat der Global Nature Fund (GNF) zum Bedrohten See des Jahres 2019 ernannt. An dem Gewässer herrschen gravierende ökologische Missstände.

Global Nature Fund

Das „Venedig Afrikas“ heißt Ganvié. Die größte auf Stelzen erbaute Siedlung des Kontinents besitzt jedoch nichts vom Charme, den diese Bezeichnung verspricht. Man findet das Dorf am Nordufer des Nokoué-Sees in Benin. Ganz in der Nähe, auf der schmalen Landzunge, die den See vom Atlantik trennt, liegt Cotonou, die mit fast einer Million Einwohnern größte Stadt des Landes.

Der flache Nokoué-See und die Mündung des Flusses Ouémé bilden zusammen ein ausgedehntes Feuchtgebiet. Es ist ein Refugium für viele seltene und gefährdete Tierarten wie den Afrikanischen Manati, eine in westafrikanischen Flüssen und Seen heimische Seekuhart. Das klingt zunächst sehr idyllisch. Doch die Siedlungen und die Industrie bereiten der Natur massive Probleme.

Fäkalien und Sondermüll

Der Nokoué-See ist zahlreichen Verschmutzungsquellen ausgesetzt. Allen Anlieger-Städten fehlt eine Abwasserreinigung; Fäkalien und nahezu der gesamte Hausmüll werden in das Gewässer entsorgt. Außerdem gelangen Chemikalien und Schrott aller Art über das Abflusswasser der wilden Müllhalden von Cotonou in den See. Pestizidrückstände, chemische Düngemittel und Substanzen der Lebensmittelindustrie schwemmt der Fluss Ouémé, der fast das gesamte Land durchzieht, in den Nokoué-See. Ein weiteres Problem ist der von Schmugglern illegal verbreitete „kpayo“, ein Treibstoff-Verschnitt, der aus Bootsmotoren und bei Unfällen in die Zuflüsse oder direkt in den See gelangt.

Die schlechten hygienischen Bedingungen verursachen Krankheiten wie Durchfall, Bilharziose, Cholera, Ruhr oder Typhus, die jedes Jahr vor allem bei zahlreichen Kindern unter fünf Jahren zum Tod führen. Da der Nokoué-See zu den wichtigsten Quellen der Fischerei in Benin gehört, bedroht seine dramatische Verschmutzung nicht nur die Gesundheit der Menschen, sondern auch ihre Existenzgrundlage.

Um die Situation der lokalen Bevölkerung ins Bewusstsein der beninischen Behörden zu rücken, haben der GNF und die Living Lakes-Partnerorganisation Amis de l'Afrique Francophone-Bénin (AMAF-BENIN) den Nokoué-See zum „Bedrohten See des Jahres 2019“ ernannt. Diesen Titel vergibt der GNF jedes Jahr am 2. Februar, dem Weltfeuchtgebietstag.

Erste Schritte in die richtige Richtung

Nicht nur aus hygienischen Gründen, sondern auch für den Fortbestand der letzten Populationen des Afrikanischen Manatis ist es unerlässlich, die Verschmutzung des Nokoué zu stoppen. AMAF-BENIN sensibilisiert die Bevölkerung für Natur und Umwelt und

Die Projektarbeit des Global Nature Fund wird unterstützt von:

Stiftung Ursula Merz

Der Lebensraum der Seekühe, der Afrikanischen Manatis, ist bedroht.

fordert von den Gemeinden, Sanitär- und Kläranlagen für häusliche und industrielle Abwässer zu bauen.

Die Mangrovenwälder am Übergang zwischen See und offenem Meer bilden einen besonders wertvollen Lebensraum. AMAF-BENIN startete vor Kurzem ein Projekt zum Schutz der Biologischen Vielfalt in der Region und wird dabei vom GNF und dem Hand in Hand-Fonds von Deutscher Umwelthilfe und Rapunzel Naturkost finanziell unterstützt.

Das Projektteam plant, degradierte Wald- und Mangrovenflächen wiederaufzuforsten. Gleichzeitig bietet es ortsansässigen Jägern, Fischern sowie lokalen Behördenvertretern Schulungen zum Thema nachhaltiges Seen-Management an. Denn alle Akteure müssen zusammenwirken. Anders kann die einzigartige Natur am Nokoué nicht gerettet werden. *(bs)*

Weitere Informationen:
www.globalnature.org/BedrohterSee2019

Anzeige

Nachhaltige Bücher aus dem Residenz Verlag

WWW.BIORAMA.EU
BIORAMA EMPFIEHLT

Je weniger Punkte ein Produkt hat, desto besser für den ökologischen Fußabdruck - und für unser Wohlbefinden.

978 3 7017 3386 6

978 3 7017 3342 2

Die abenteuerliche Geschichte unseres Essens – aufrüttelnd, informativ und unterhaltsam.

978 3 7017 3359 0

LEBEN AUF SICHT

Die aktuelle Buchreihe für neue nachhaltige Wege

978 3 7017 3409 2

978 3 7017 3421 4

residenzverlag.at

Nachhaltiges Wirtschaften

Wandel in der Baviaanskloof

In der Ostkap-Provinz liegt eine der wildesten und schönsten Schluchten Südafrikas: die Baviaanskloof. Sie beherbergt eine große Artenvielfalt und ist Teil eines Weltnaturerbe-Gebietes. Doch die Natur ist nicht unberührt und Farmer haben viele Sorgen.

Die Fahrt zur Farm von Pieter Kruger, 200 Kilometer entfernt von der großen Hafenstadt Port Elizabeth, führt durch die Bergkette der Baviaanskloof (Paviansschlucht). Die Straßen sind extrem steinig und aufgrund seltener, aber heftiger Regenfälle teilweise überflutet.

Das Tal, in dem die Kruger-Farm liegt, und dessen Berghänge wurden in den letzten Jahrzehnten stark überweidet. Um einer Überflutung der landwirtschaftlichen Flächen vorzubeugen, haben die Farmer das Regenwasser vor langer Zeit kanalisiert. Beides hat dazu geführt, dass die Böden in der Baviaanskloof stark degradiert sind. „Den Böden fehlt es an Mineralien und Kohlenstoff. Sie können kaum Wasser speichern und erodieren. Es wird immer schwieriger, hier etwas anzubauen“, berichtet Pieter Kruger. Für die Bauern muss sich dringend etwas ändern, denn ihre Existenz ist bedroht. Die anhaltende Dürre in Südafrika verschlimmert die Situation auf den Feldern, die aufgrund der Kanalisierung ohnehin schlecht mit Wasser versorgt sind.

Speckbäume, Rosmarin und Lavendel

Die Baviaanskloof trägt zur Trinkwasserversorgung der Metropole Port Elizabeth bei. Sollte die Landschaft weiter austrocknen, entstünden auch in der Stadt massive Probleme.

Unterstützt von der lokalen Organisation Living Lands streben die Farmer eine nachhaltige Landnutzung an und suchen Alternativen zur traditionellen Viehhaltung. Der Global Nature Fund (GNF) hat sie besucht, um ihre wertvollen Erfahrungen zusammenzutragen und global zu verbreiten. Die Farmer pflanzen beispielsweise heimische Speckbäume auf den Hängen, um die Bodenerosion zu stoppen und lassen dort keine Ziegen mehr weiden. Ihre Tierbestände haben sie reduziert. In Wasserlöchern kompostieren die Farmer Äste, um dem Boden Nährstoffe zuzuführen.

Einige Farmer sind auf biologische Landwirtschaft umgestiegen und bauen Rosmarin und Lavendel an. Beide Kulturen benötigen wenig Wasser und sind gut an die klimatischen Bedingungen angepasst. Die Pflanzen werden zu ätherischen Ölen verarbeitet. „Dank dieser neuen Einkommensquelle kann ich meine Ziegenherde weiter verkleinern. Andere Farmer haben das auch vor“, erklärt Pieter.

Verschiedene staatliche und private Geldgeber finanzieren die Maßnahmen. Mit Hilfe einer Spende der niederländischen Stiftung

Pieter Kruger und weitere Farmer erproben Alternativen zur Viehhaltung.

Commonland wurden eine Brennerei für die Kräuter gebaut und den Farmern Kredite gewährt, damit sie auf Öko-Landbau umstellen können. Pieter betont: „Die gesamte Geschäftsidee haben wir Farmer selbst entwickelt."

Noch sind nicht alle Probleme gelöst. Schon immer hat die raue Natur die Menschen hier vor Herausforderungen gestellt. Doch jetzt besinnen sich die Farmer auf ihr wichtigstes Kapital: den Boden. Der GNF untersucht die Herausforderungen beim Wandel in der Baviaanskloof – daraus ergeben sich nicht nur für die Farmer, sondern auch für die Natur neue Chancen. *(ap)*

Förderer:

BfN Bundesamt für Naturschutz

Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit

Hand in Hand-Fonds

Ein Bauernhof für Jung und Alt

Lumang ist eine ländliche, im Himalaya gelegene Region im Osten von Bhutan. Straßen gibt es hier kaum und noch weniger Arbeit. Seit viele junge Erwachsene in die Städte ziehen, bleiben immer mehr alte Menschen ohne Familie zurück. Ein Projekt des Hand in Hand-Fonds schenkt ihnen Hoffnung.

Arbeit und Einkommen brauchen die Menschen in Lumang, doch es fehlt an Startkapital. Der im Himalayaraum aktive Verein Nomadenhilfe e.V. kennt die schwierige Situation und hat Kontakt zu einer ortsansässigen Initiative aufgebaut. Sie hat gemeinsam mit den Dorfbewohnern eine konkrete Projektidee entwickelt: einen Mehrgenerationen-Bauernhof. Dank Fördermitteln aus dem Hand in Hand-Fonds konnte die Vision im Jahr 2017 Realität werden.

Auf dem Hof bringen alte Menschen ihr Wissen ein; rund 20 junge Erwachsene, die zuvor arbeitslos waren, leisten die Arbeit auf den Feldern und im Stall. In Schulungen haben sie Kenntnisse in ökologischer Landwirtschaft und im Vertriebswesen erworben. Die Projektteilnehmer setzen auf Kardamomanbau und Milchvieh, wobei die Milchprodukte teils in den Verkauf, teils in den Eigenverbrauch gehen. Fünf Kühe wurden angeschafft, Weidezäune angelegt, Saatgut gekauft und Brachland wieder urbar gemacht. Die Kardamomstaude mit ihren aromatischen Samenkörnern gedeiht sehr gut in Lumangs Berglandschaft. Sowohl die Gewürzkapseln selbst als auch die Jungpflanzenanzucht erbringen gute Erlöse.

Hilfe zur Selbsthilfe

Eine alleinerziehende Mutter leitet den Hof. Unterstützung erhält die Gemeinschaft durch zwei Mitarbeitende, die vom Ministerium für Landwirtschaft in Bhutan gefördert werden.

Wenn jüngere Familienangehörige in die Stadt umsiedeln, sind alte Menschen in Lumang ganz auf sich allein gestellt. Dem wirkt das Gemeinschaftsprojekt entgegen, indem es jungen Erwachsenen die Teilnahme an Altenpflege-Kursen ermöglicht. Hierdurch erhält die ältere Generation eine bessere Versorgung; die Altenpflege soll sogar über den Hof hinaus ausweitet werden.

Die Beteiligten sind zu Recht stolz auf den großen Zuspruch, den der Mehrgenerationenhof erfährt. Sie planen, weitere Menschen in das Projekt aufzunehmen – an Interessenten mangelt es nicht. *(jk)*

Der Hand in Hand-Fonds ist eine gemeinsame Initiative von Deutscher Umwelthilfe und Rapunzel Naturkost für eine gerechtere Welt und lebenswerte Umwelt.

Die Mitwirkenden treffen sich regelmäßig zu Besprechungen.

Die EU setzt sich dafür ein, dass energetisch sanierte Wohnungen auch für einkommensschwache Haushalte bezahlbar sind.

Energiepolitik

Die EU stärkt Verbraucher beim Klimaschutz

Die Europäische Union will allen Bürgerinnen und Bürgern den Zugang zu sauberer und bezahlbarer Energie ermöglichen und dabei einen großen Schritt in Richtung Klimaschutz machen.

Während in Deutschland Kommissionen eingesetzt werden und heftig über die nächsten Schritte der Energiewende und des Klimaschutzes diskutiert wird, hat die Europäische Union in den letzten zwei Jahren ein Paket an Richtlinien und Verordnungen verhandelt und verabschiedet: das Clean Energy for All Europeans Package. Es bildet den Rahmen für die zukünftige Energie- und Klimapolitik und soll helfen, das Ziel eines weitgehend klimaneutralen Europas im Jahr 2050 zu erreichen. Erst im Dezember 2018 wurden die zähen Verhandlungen zwischen Europäischer Kommission, Europäischem Rat und Europäischem Parlament beendet. Unter anderem einigten sie sich auf ein Ziel von anteilig 35 Prozent erneuerbaren Energien am Stromverbrauch und 32,5 Prozent mehr Energieeffizienz bis 2030. Damit will die EU einen langfristigen Weg ebnen, hin zu einem Europa, das kaum noch CO_2-Emissionen erzeugt. Dafür muss jeder Mitgliedstaat einen nationalen Energie- und Klimaplan erarbeiten, der detailliert aufzeigt, welchen Beitrag er zu den europäischen Zielen leisten will. Positiver Effekt: Dadurch ist Deutschland gezwungen, aufzuzeigen, wie es ehrgeizige Ziele bis 2030 erreichen will. Eine öffentliche Beteiligung von Verbänden ist eingeplant. Die DUH wird sich in diesen Prozess intensiv einbringen.

Sozial gerechte Gebäudesanierung

Neben dem Verkehr ist der Gebäudesektor einer der größten CO_2-Produzenten in der EU. Die DUH hat sich daher für die Erhöhung der jährlichen Renovierungsraten bei

gleichzeitiger Qualität der Sanierungen und einer sozialen Abfederung bei steigenden Mieten eingesetzt. Dabei war und ist das Europäische Parlament unser wichtigster Verbündeter. Es hat sich besonders dafür eingesetzt, dass nicht die Einkommensschwachen unter der Gebäudesanierung leiden, ihre Häuser und Wohnungen trotzdem saniert werden können und sie nicht die Hauptkosten zu tragen haben. Besser sanierte Wohnungen sind nicht nur gut für das Klima, sondern verbessern auch das Wohlbefinden und die Gesundheit ihrer Bewohner: Ausreichend beheizte und belüftete Wohnungen mindern negative Auswirkungen auf die Gesundheit, die durch Feuchtigkeit verursacht werden, insbesondere bei gefährdeten Gruppen wie Kindern, älteren Menschen und chronisch Kranken.

Bundesregierung muss Gesetze anpassen

Im Zentrum der neuen europäischen Energiegesetzgebung stehen die Rechte der Verbraucher. Sie bekommen mehr Möglichkeiten, selbst über ihre Energieversorgung zu entscheiden sowie mehr Unterstützung dabei, diese effizienter zu gestalten. Erstmals erhalten Selbstverbraucher von Strom aus Erneuerbaren sowie Bürgerenergiegesellschaften einen besonderen Schutzstatus. Sie sollen EU-weit das Recht auf Eigenverbrauch haben. Auf selbst erzeugten Strom aus Anlagen bis 30 Kilowatt müssen keine Abgaben gezahlt werden. Leider werden dadurch Mieterstromprojekte benachteiligt, aber Deutschland muss hier weitergehende Regelungen für größere Gemeinschaften von Selbstversorgern treffen. Auch der bessere Zugang zu Informationen und Transparenz bei den Energiepreisen waren Teil der Beschlüsse.

Das Europäische Parlament, das im sogenannten Trilog-Verfahren mit Europäischer Kommission und Europäischem Rat die endgültigen Gesetzesvorschläge verhandelt hat, setzte sich in diesem Prozess immer wieder für die Bürgerinnen und Bürger ein, um die Rechte der Verbraucher zu stärken. So sollen Konsumenten über ihre eigene Energieversorgung entscheiden und Einkommensschwache Hilfe bekommen, damit sie gar nicht erst von Energiearmut betroffen sein werden. Dies schließt auch jene ein, die durch steigende Mieten nach Gebäudesanierungen aus ihren Wohnungen verdrängt werden würden. Einige dieser Beschlüsse gelten bereits direkt in den Mitgliedstaaten, andere, wie zum Beispiel die Energieeffizienzrichtlinie, müssen erst noch in nationales Recht umgesetzt werden. Hier ist die deutsche Regierung am Zug, bestehende Gesetze entsprechend anzupassen.

Eigene Schritte zum Klimaschutz

Was können Verbraucher jetzt schon tun, um einen Beitrag zu den deutschen und damit auch europäischen Klimazielen zu leisten? Erste Schritte können sein, auf einen Ökostromanbieter umzusteigen, die Heizung um ein Grad runter zu drehen, sich schon beim Kauf für energiesparende Geräte zu entscheiden oder einfach mal zu Fuß oder mit dem Fahrrad die Einkäufe zu erledigen. Für Hausbesitzer lohnt es sich finanziell, auf dem Dach eine Solaranlage für erneuerbaren Strom und Wärme zu installieren oder einfache Sanierungsmaßnahmen, wie zum Beispiel die Dämmung der Kellerdecke oder einen Tausch der Heizungspumpe durchzuführen. *(ses)*

Ausschreibung

Umwelt Medienpreis

Fotos: DUH/Robert Lehmann, michagehtraus/Fotolia.com (oben)

AUSSCHREIBUNG 2019

Nominierungen bis 31. Mai 2019

Die Deutsche Umwelthilfe e.V. (DUH) vergibt dieses Jahr zum 24. Mal den UmweltMedienpreis für herausragende journalistische und schriftstellerische Leistungen im Themenfeld „Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen".

Die Auszeichnung soll Ansporn und Förderung sein für Autorinnen und Autoren, die sich mit der Zukunft der Erde, mit Chancen und Risiken künftiger Entwicklungen für Mensch und Natur auseinandersetzen, die dafür das Interesse vieler Menschen wecken und sie für die Bewahrung der Natur begeistern. Die Preisverleihung findet am **13.11.2019** im Meistersaal, Potsdamer Platz, in Berlin statt.

Die Kandidatinnen und Kandidaten müssen vorgeschlagen werden. Alle Informationen zur Einreichung und zum UmweltMedienpreis finden Sie unter: **www.umweltmedienpreis.de**

Energiewende

Der „NEP Strom 2030“ ist da

Unsere Energielandschaft wandelt sich. Das erfordert eine maßgeschneiderte Infrastruktur.

Der Netzentwicklungsplan – kurz NEP – stellt den Ausbaubedarf des Stromnetzes dar. Die vier Unternehmen, die in Deutschland Übertragungsnetze betreiben, sind gesetzlich dazu verpflichtet, solch einen NEP alle zwei Jahre gemeinsam zu erarbeiten und darin die Vorhaben für die kommenden 10 bis 15 Jahre darzustellen. Dieser Plan betrifft Leitungsverstärkungen, Leitungsneubau oder auch den Umbau von Umspannwerken.

Anfang Februar 2019 haben die Netzbetreiber den NEP vorgelegt. Er wurde öffentlich konsultiert, ein zweiter Entwurf wird derzeit erarbeitet und am 15. April 2019 an die Bundesnetzagentur zur abschließenden Prüfung und Genehmigung übergeben.

Klimaschutz im Vordergrund

Ob und wo neue Stromleitungen benötigt werden, muss sorgfältig geplant werden. Überall da, wo die Energiewende spürbar ist, sind Dialoge auf Augenhöhe unverzichtbar. Die DUH setzt sich dafür ein, dass die Klimaschutzziele dabei im Vordergrund stehen. Das Minimalziel bis 2030 lautet: 65 Prozent erneuerbare Energien. Um es zu erreichen, fordert die DUH einen jahresscharfen, gesetzlich fixierten Fahrplan für den Aus- und Zubau der Erneuerbaren. Die Obergrenze von 52 Gigawatt für den Ausbau von Photovoltaik muss abgeschafft werden. Kommunen, in denen Windenergieanlagen gebaut werden, müssen davon direkt profitieren.

Es darf keine Leitung zu viel gebaut werden. Innovative Technologien, die den Netzausbau begrenzen, müssen Vorrang erhalten. Das NOVA-Prinzip (Netzoptimie-

Nachhaltiges Wirtschaften

Kein Essen in den Müll!

Die Dimension des Problems wäre mit einer beherzten politischen Strategie gut einzugrenzen: Mehr als die Hälfte der Lebensmittel, die in Deutschland weggeworfen werden, könnte man retten. Doch Ministerin Klöckner setzt auf halbgare Lösungen.

Jedes Jahr landen jährlich rund 18 Millionen Tonnen Lebensmittel in unseren Mülltonnen. Ab 2020 muss Deutschland der EU berichten, ob es die Lebensmittelverschwendung reduzieren konnte: Ziel ist eine Halbierung bis zum Jahr 2030. Im Februar 2019 einigte sich die Regierung endlich auf eine Strategie. Dabei setzt Ernährungsministerin Julia Klöckner jedoch allein auf den guten Willen von Handel und Gastronomie. Der Verein foodsharing und die Deutsche Umwelthilfe fordern dagegen verbindliche Zielmarken für Landwirtschaft, Industrie, Handel und Großverbraucher. Die Vereine fordern zudem eine Dokumentationspflicht von Lebensmittelverlusten entlang der Wertschöpfungskette sowie einen Wegwerfstopp genießbarer Lebensmittel für Supermärkte. Verbraucher müssen stärker über Mindesthaltbarkeits- und Verbrauchsdatum aufgeklärt und ehrenamtliche Lebensmittelretter rechtlich abgesichert werden.

Nachbarländer machen erfolgreich vor, wie es gehen kann: In Tschechien und Frankreich beispielsweise dürfen Supermärkte keine Lebensmittel wegwerfen, sondern müssen sie an gemeinnützige Organisationen spenden. In Deutschland hingegen werden Rentner und Studierende angezeigt, wenn sie Essen aus den Tonnen von Supermärkten retten.

Überproduktion schadet der Natur

Zu viele Lebensmittel werden erst aufwändig produziert, nur um später weggeworfen zu werden. Dafür werden riesige Mengen Wasser, Dünger, Pestizide und Kraftstoffe völlig unnötig verbraucht. Die Landwirtschaft muss sich wandeln – hin zu einem nachhaltigen

Der Netzausbau ist eine Grundvoraussetzung für die Energiewende. Aber: Es darf keine Leitung zu viel gebaut werden.

rung vor Verstärkung vor Ausbau) muss konsequent umgesetzt werden. Auch bei Voranschreiten der Energiewende müssen die Maßnahmen des NEP Systemsicherheit gewährleisten. Zu guter Letzt: Die Kosten des Stromnetzumbaus müssen transparent sein und etwaigen Alternativen gegenübergestellt werden. *(nb)*

Die Wertschätzung für Lebensmittel muss in unserer Gesellschaft besser verankert werden

Wirtschaften, das nur so viele Nahrungsmittel produziert, wie wir essen können. Auch hier ist die Politik gefragt. Es gilt, die europäische Landwirtschaft umzustrukturieren und zu ökologisieren. Letztendlich würde das allen helfen: Landwirtinnen und Landwirte und ihre Produkte würden eine höhere Wertschätzung erhalten und Verbraucherinnen und Verbraucher sich an naturschonend erzeugten Lebensmitteln aus einer lebendigen Kulturlandschaft erfreuen. *(jk)*

Abfallvermeidung

Papiertüte? Nein, danke.

Die Papiertüte erlebt ein Comeback. Auf Basis von Branchendaten schätzt die DUH, dass 25 Prozent der Plastiktütennutzer Deutschlands mittlerweile in Papier eintüten – leider entlastet das die Umwelt nicht wirklich.

Im Gegensatz zu Plastik- sind Papiertüten biologisch abbaubar. Ein klarer Vorteil, wenn sie unsachgemäß in der Umwelt entsorgt werden. Papiertüten verbrauchen jedoch in der Produktion besonders viel Wasser, Energie und Chemikalien. Nur wenige Tüten bestehen aus Recyclingmaterial, denn für robuste Varianten sind besonders lange Papier-Frischfasern unverzichtbar. Meist stammen sie aus dem Holz langsam wachsender Nadelhölzer. Noch dazu müssen Tüten aus Papier dickwandiger sein, um eine ähnliche Reißfestigkeit zu erreichen wie solche aus Plastik. Am Ende bleibt die Papiertüte ein Einweg-Produkt: Sie reißt leicht beim Transport auf dem Fahrrad-Gepäckträger, bei Regen oder durch das Kondenswasser tiefgefrorener Lebensmittel.

Ex und hopp vermeiden

Wer Ressourcen schonen will, sollte robuste Einkaufstaschen aus Baumwolle, Jute oder Kunststoff verwenden. Auch Rucksack, Korb, Klappkiste oder Fahrradtasche zählen zu den umweltschonenden, weil mehrfach verwendbaren Alternativen. Nehmen Sie für spontane Einkäufe faltbare Polyesterbeutel mit – sie passen in jede Jackentasche.

Zum Eintüten von Obst und Gemüse werden in Deutschland jedes Jahr drei Milliarden Beutelchen aus Kunststoff verbraucht. Verwenden Sie stattdessen Mehrweg-Netze. Einige Supermarktketten haben deren Gewicht bereits in das Kassensystem integriert und ziehen es beim Wiegen von Äpfeln, Karotten und Co. automatisch ab. *(hsch, jk)*

Es geht auch anders: Mehrweg-Netze zum Transport von Obst und Gemüse könnten jedes Jahr drei Milliarden Kunststoff-Beutelchen ersetzen.

Aufruf statt Nachruf

Horst Stern ist gestorben. Am 17. Januar 2019 im Alter von 96 Jahren. Er war der Jahrhundert-Journalist, Wegbereiter für den Naturschutz in Deutschland und Unterstützer beim Aufbau der Deutschen Umwelthilfe ab der ersten Stunde.

■ von Claus-Peter Lieckfeld und Rudolf L. Schreiber

Seine Filme „Sterns Stunde" sind Fernsehgeschichte und wohl kein Journalist vor und wenige nach ihm haben sich so faktenorientiert und überzeugend im Radio und Fernsehen und wie er als Herausgeber der Zeitschrift „natur" engagiert. Nach Gründung der Deutschen Umwelthilfe e.V. im Jahre 1975 wurde Horst Stern Mitstreiter bei den ersten bundesweiten Naturschutzaktionen und Autor der Bestsellerreihe „Rettet die Vögel", „Rettet den Wald", „Rettet die Wildtiere" und weiteren.

Claus-Peter Lieckfeld und ich kamen zu der Auffassung, dass Horst Stern gesagt hätte: „Schreibt nicht über mich, sondern über unser Anliegen. Es gibt keine Alternative für unsere Zukunft als die der nachhaltigen Entwicklung und Rückkehr in die Grenzen der Ökologie. Das ist die aktuelle Herausforderung, für die Ihr die Jugend aller Länder gewinnen müsst."

Naturschutzpioniere und Autoren des Aktionsbuches „Rettet die Vögel" (vlnr) Frédéric Vester, Rudolf L. Schreiber, Horst Stern, Gerhard Thielcke

...an Horst Stern

Ach Horst, wofür sollen wir Dich loben, Dich, der Du das Lob Deiner Leistungen immer weggegrummelt hast. Horst Stern, der Naturschützer? – „Ich bin Journalist und Autor!" Horst Stern, der glänzende Stilist? – „Die Leute verkennen immer, dass hinter guter Schreibe harte Recherche steckt."

Stern hat mit seinen TV-Sendungen über Rot- und Gamswild, Pferde, Schweine, Hühner und Bienen in Deutschland eine Zeitenwende bewirkt. Für Tiere. Mehr als Grzimek und Sielmann, deren Lebenswerk

gegen Sterns nicht leicht gewogen werden soll. Was „Sterns Stunde“ so unvergesslich, unvergleichlich machte, war, dass Tiere in ihren eigenen Rechten und ihren eigentlichen Möglichkeiten uns entgegen traten. Da grämte sich keine Vogelmutter über ein ausgeräubertes Nest, da empfand kein Hirsch kriegerische Gelüste am Brunftplatz. Den süßlichen Tierschutz – nicht den Tierschutz überhaupt – empfandest Du immer als Peinlichkeit, als klebrige Melange, als die Verwechselung von an Tieren aufgehängter Selbstliebe mit Tierliebe. „Eine vertretbare Grundlage für Tierliebe ist Tierwissen“, sagtest Du. Und das impliziert auch das Wissen über deren Leidensfähigkeit: in Kästen, auf Spaltenböden, unter Sätteln.

Und so filmtest und schriebst Du immer aus solidem Wissen heraus. Die Sprachmeisterschaft war da nur der Glanz auf den Werkstücken, nicht die Sache selbst, nicht Selbstzweck. Die Sache war das perfekt präsentierte Wissen. ■

Rudolf L. Schreiber ist Kommunikationsexperte und Gründungsmitglied der Deutschen Umwelthilfe.

Der Journalist Claus-Peter Lieckfeld war langjähriger Redakteur der Zeitschrift „natur“.

Aus dem Vorwort von „Rettet die Vögel“ (erschienen 1978 und mehrfach neu aufgelegt): „Lange, viel zu lange schien es, als würden die Begriffe Ökonomie und Ökologie jeweils feindliche Lager bezeichnen. Heute erweist sich, daß Unternehmer immer dann gut beraten sind, wenn sie sich von den Haushaltsregeln der Natur inspirieren lassen.“

Zwei neue Z im Team der DUH

Zerger und Zipf heißen die beiden Kollegen, die wir ganz herzlich in der DUH begrüßen. Mit ihrer Expertise verstärken sie das Führungsteam im Verband.

Seit Januar 2019 leitet **Constantin Zerger** den Bereich Energie und Klimaschutz der DUH. In dieser Position ist er verantwortlich für die Schwerpunkte Energieeffizienz im Gebäudebereich, Ausbau von Stromnetzen und Erneuerbare Energien.

Der 38-Jährige war seit 2008 Umweltmanager bei der Deutschen Bahn AG. Dort hat er maßgeblich zur Entwicklung der kurz- und langfristigen Klima- sowie Ökostromziele des Unternehmens beigetragen. Eine weitere Aufgabe war die Etablierung von Ökostromangeboten in Personen- und Güterverkehr. Zuvor war der Politikwissenschaftler für verschiedene Umweltorganisationen wie den BUND aktiv.

Constantin Zerger folgt auf Peter Ahmels, der seine Funktion als Bereichsleiter Ende 2018 nach zehnjähriger Mitarbeit abgab. Als einer der Leiter des Bürgerdialogs Stromnetz bleibt Ahmels der DUH in beratender Tätigkeit verbunden.

Constantin Zerger, neuer Leiter Energie und Klimaschutz, bringt Erfahrungen aus ganz unterschiedlichen Perspektiven mit.

Als Bereichsleiter Kommunaler Umweltschutz ist **Markus Zipf** im März 2019 ins DUH-Team gekommen. Sein Bereich bearbeitet die Schwerpunkte Stadtgrün, Klimaschutz und die Herausforderungen der kommunalen Klimawandelanpassung.

Markus Zipf ist in der DUH kein Unbekannter. Er war von 1992 bis 2001 Mitarbeiter im Aufgabenfeld der bundesweiten Kommunal-Wettbewerbe. Der Betriebswirt befasst sich seit seiner Jugend mit Natur- und Umweltthemen und engagierte sich ehrenamtlich beim BUND. Zuletzt war er als Klima- und Umweltschutzmanager in den Stadtverwaltungen Radolfzell und Singen tätig.

Markus Zipf ist Nachfolger von Robert Spreter, der seine Position als DUH-Bereichsleiter Anfang 2018 verließ. Die Interimsleitung übernahm Silke Wissel. Beiden Wegbegleitern dankt die DUH für ihr Engagement. *(mab, jk)* ■

Markus Zipf freut sich, als Leiter Kommunaler Umweltschutz erneut in der DUH mitzuarbeiten.

Wenn alles schläft

Der Gartenschläfer ist ein heimlicher Kobold, der nächtlich durch Gärten und Wälder huscht. Man sieht ihn kaum und weiß fast nichts von seiner Lebensweise. Das wird ihm nun zur Gefahr, denn sein Bestand nimmt rapide ab.

■ von Peer Cyriacks

Erblickt man durch seltenen Zufall einmal einen Gartenschläfer in natura, weiß man oft nicht recht, wen genau man da vor sich hat. Von der Gestalt wie eine Maus, doch viel größer, mit Anleihen eines Eichhörnchens, doch dann wieder mit schwarzer Augenbinde. Eine Art Einbrecherhörnchen also.

Die Tiere sind ausschließlich nachtaktiv und an das Leben in der Dunkelheit perfekt angepasst. Mit ihren sehr großen, pechschwarzen Augen fangen sie das Restlicht ein. Wenn es noch dunkler wird, ertasten sie sich mit ihren langen Barthaaren, den Vibrissen, den Weg durchs Unterholz. Dort sind sie flink und geschickt auf der Suche nach Früchten und Samen, Insekten und Weichtieren wie Schnecken und Würmern. Tagsüber macht der Gartenschläfer seinem Namen alle Ehre und döst in selbstgebauten Kugelnestern in der Strauchschicht. Relativ häufig mieten sich die Tiere aber auch in Nistkästen, Baumhöhlen oder sogar Garagen und Carports ein. Im Gegensatz zu ihren Fressfeinden, den Mardern, richten sie dort während ihrer Untermiete keinen Schaden an und benehmen sich meist tadellos. Einzig zur Paarungszeit im Frühjahr kann es etwas lauter werden, denn dann pfeifen die Weibchen nach den Männchen, während diese sich um die Damen streiten. Hat man sich geeinigt, wird ein Nest gebaut, in dem im Mai vier bis sechs Junge zur Welt kommen. In der Mitte des Sommers sind diese dann selbstständig und verlassen das heimische Revier.

Winterspeck erwünscht

Obwohl sie sich so abwechslungsreich und wenig nagend ernähren, gehören die Gartenschläfer zur Ordnung der Nagetiere und dort zur Familie der Bilche – auch Schlafmäuse genannt. Der bekannteste heimische Bilch ist wohl der etwas größere, doch viel häufigere Siebenschläfer. Daneben gibt es noch den extrem seltenen Baumschläfer und die Haselmaus, die zwar der kleinste Bilch, aber deswegen noch lange keine echte Maus ist. Ihnen allen ist die graue bis braune Ober- und helle Unterseite gemein, dazu ein langer Schwanz zum Klammern und Balancieren in den Ästen und Zweigen. Sie alle halten ihren ausgedehnten Winterschlaf spätestens ab Oktober und vor April ist an ein Aufwachen nicht zu denken. Hierfür ist ein Speckpolster nötig und so fressen sich die Gartenschläfer im Sommerhalbjahr von rund 80 Gramm auf das Doppelte pummelig. Im Frühjahr sind die Fettreserven dann meist restlos aufgebraucht und müssen sofort wieder aufgefüllt werden.

Mit schönen, großen Augen durch die Dunkelheit: Der Gartenschläfer geht nachts auf Nahrungssuche.

Gefährdung ist bisher kaum erforscht

Verbreitet sind die sympathischen Bilche vorwiegend in zwei völlig unterschiedlichen Landschaften. Einerseits gibt es eine große Population im westlichen Tiefland Deutschlands. Dort kommen sie wie der Siebenschläfer oft in Siedlungsnähe vor und erreichen teilweise hohe Dichten, zum Beispiel in Rheinland-Pfalz. Ein ökologisch ganz anderer Lebensraum sind die Gebirge in der Mitte und im Osten Deutschlands, wo die Art nur lückenhaft verbreitet ist und besonders stark abgenommen hat. In weiten Teilen ihres ehemaligen Verbreitungsgebietes ist sie schon ausgestorben oder verschollen. Die Gründe für diesen Rückgang sind noch weitgehend unbekannt. Da Deutschland im Kern der Verbreitung liegt, tragen wir eine hohe Verantwortung für den Erhalt der Art.

Als Beitrag zum Bundesprogramm Biologische Vielfalt läuft seit 2018 das bisher größte Schutzprojekt zur Rettung der Art. Es ist zu hoffen, dass die beteiligten Naturschützer und Forschungseinrichtungen noch mehr über die Gefährdungsursachen herausfinden, um wirksame Schutzmaßnahmen für das seltene Nagetier treffen zu können. So versteckt wie die Art lebt, würden es die Menschen kaum bemerken, wenn die Schlafmaus für immer Abschied nähme. ■

Der Gartenschläfer lebt in Wäldern und naturnahen Gärten. Er liebt Abwechslung auf dem Speiseplan.

Wie alle Bilche halten Gartenschläfer ausgedehnten Winterschlaf – Jungtiere auch gerne in Gruppen.

Steckbrief

Gartenschläfer *(Eliomys quercinus)*

Verwandtschaft:

Der Gartenschläfer gehört zu den Bilchen, die wiederum zu den Nagetieren gezählt werden. Seine engsten Verwandten sind Siebenschläfer, Baumschläfer und die Haselmaus.

Lebensraum und Verbreitung:

Gartenschläfer leben in Laub- und Nadelwald und in strukturreichen Gärten, mit Obstbäumen, Gebüschen und Versteckmöglichkeiten.

Nahrung:

Gartenschläfer ernähren sich wie alle Bilche äußerst abwechslungsreich. Sie fressen Tierisches wie Insekten, Spinnen, Schnecken und Würmer ebenso wie Obst und Samen. Baumfrüchte wie Bucheckern stehen ebenfalls auf ihrem Speiseplan.

Aussehen:

Das kurze Fell des Gartenschläfers ist auf der Oberseite graubraun, die Unterseite ist fast reinweiß. Das Auffälligste sind die schwarze Gesichtszeichnung und der lange Schwanz mit längeren Haaren.

Gefährdung:

Der Gartenschläfer ist laut den bundesweiten Roten Listen der gefährdeten Tiere und Pflanzen in Kategorie G eingestuft (Gefährdung unbekannten Ausmaßes) und ist durch die europäische FFH-Richtlinie und das Bundesnaturschutzgesetz besonders geschützt. Von Osten her schrumpft das europäische Verbreitungsgebiet drastisch. Insgesamt ist es wahrscheinlich schon um die Hälfte geschwunden. Warum die Tiere an vielen Orten aussterben, ist bisher nicht geklärt.

Deutsche Umwelthilfe

Fischotter; © Wayne/Fotolia

Helfen Sie mit!

Natur und Umwelt brauchen einen starken Anwalt. Wir setzen uns ein für mehr Lebensqualität – bitte unterstützen Sie uns dabei:

- intakte Ökosysteme, Artenvielfalt und Wildnis
- saubere Luft und Klimaschutz
- Müllvermeidung und Recycling
- eine bezahlbare Energie- und Verkehrswende
- verantwortlicher Konsum und ökologische Produkte
- Umweltgerechtigkeit und „Grün“ in Kommunen
- die Durchsetzung von Verbraucherrechten
- eine gesunde und ökologische Lebensweise

Machen Sie uns stark. Jetzt online Fördermitglied werden! Oder benutzen Sie unsere Coupons.

www.duh.de/foerdermitglied

Vielen Dank!

Deutsche Umwelthilfe e.V. | Fritz-Reichle-Ring 4 | 78315 Radolfzell | Tel. 07732 9995-0 | Fax 07732 9995-77 | info@duh.de | www.duh.de
Unser Spendenkonto: Bank für Sozialwirtschaft Köln | IBAN: DE45 3702 0500 0008 1900 02 | BIC: BFSWDE33XXX

.de www.duh.de @ info@duh.de umwelthilfe umwelthilfe umwelthilfe

Initiative Transparente Zivilgesellschaft
DZI Spenden-Siegel